

Herforder Zeitung

Bezugs-Preis 4.00 Mark

monatlich. Bei Postbezug
4.00 Mark und Bestellgeld. Die
Zeitung erscheint täglich, außer
Son- und Feiertag, mittags

für Stadt

Druck und Verlag Fr. Rühle
Geschäftsstelle: Herford,
Rennstraße 29/31



und Land

Druckerei Nr. 83 und 181
Postfach Nr. 5796
Schiedamt Hannover

Anzeigenpreis 20 Pfennig

die 1 Spalte, 10 Zeilen oder
äquivalenten Raum für Stadt u. Land-
kreis Herford, sonst 25 Pfennig.
Reklamen die Zeile 2.00 Mark.

Generalanzeiger für Stadt- und Landkreis Herford

Amstlicher Anzeiger für Stadt- u. Landkreis Herford

Nr. 116.

Herford, Mittwoch, den 19. Mai 1920

38. Jahrgang

Erstes Blatt.

Schiffer über die Deutsche Volkspartei.

Vizekanzler a. D. Schiffer beschäftigt sich in seiner neuen Wochenchau in der „Magdeb. Ztg.“ mit den Spekulationen der Deutschen Volkspartei. Sie dachte zuerst wohl daran, ein Bindeglied zwischen links und rechts zu sein. Aber — so schreibt Schiffer — der Parlamentarismus duldet keine dauernde Neutralität, und der Deutschen Volkspartei blieb nur die Wahl, sich zur Linken oder zur Rechten zu schlagen. Das Erste zu tun, verbot ihr Selbstgefühl; sie lief in diesem Falle Gefahr, daß ihre Leberflüssigkeit als Partei sofort ans Tageslicht getreten wäre. Deshalb mußte sie, um überhaupt ihre Sonderregierungsrechte darzulegen, mit Notwendigkeit auf die andere Seite gehen. Damit kam sie zugleich in die tatsächliche überaus angenehme Lage der verantwortungslosen Opposition, der Möglichkeit einer ebenso schrankenlosen wie wohlfeilen Kritik. Es hätte starker Nerven, größerer Selbstbeherrschung und eines weiteren staatsmännischen Blickes bedurft, als bei der Deutschen Volkspartei vorhanden waren, um der Ruchung zur Ausbeutung dieser Position zu widerstehen. Sie hat sie sich denn auch reichlich und rafflos zu Nutzen gemacht und voll Behagen die Augenblicke der Eingeklemmtheit, die ihr daraus erwuchsen. Für sie gilt, was Eduard Bernstein von den Unabhängigen sagt: „Sie haben den Kampf dadurch so furchtbar leicht, daß sie, statt am Aufbau und Festigung der Republik positiv mitzuwirken, sich die bequeme Rolle des Kritikers von außen gewählt haben, der sich ebenso leicht freihalten kann von Tadel, wie derjenige sich die Kleider nicht beschmutzt, der grober Arbeit fernbleibt. Und der Aufbau und Ausbau der Republik ist im Angesicht der furchtbaren Schwierigkeiten, mit denen sie zu kämpfen hat, recht harte und oft grobe Arbeit.“

Allmählich aber scheint doch hier und da auch innerhalb der Deutschen Volkspartei selbst die bange Frage aufgetaucht zu sein, wohin denn eigentlich das Spiel führen soll. Man merkt, daß man auf einen toten Strang geraten ist. Die Deutsche Volkspartei hat gerade aus den Kreisen des gehobenen Mittelstandes — wie man früher sagte, den Kreisen von Besitz und Bildung — eine größere Anzahl von Anhängern gewonnen. Die aus ihnen stammenden Persönlichkeiten haben das berechtigste Verlangen, an dem Aufbau des Reiches tätig und positiv mitzuwirken, nicht bloß zur Wahrung ihrer Interessen oder zur Befriedigung ihres Ehrgeizes, sondern auch in dem begründeten Gefühl, daß gerade ihre Mitarbeit dem Staate nützlich und unentbehrlich ist. Indem die Deutsche Volkspartei es durch ihre Stellungnahme dahin gebracht hat, daß sie mehr oder minder von dieser Mitarbeit ausgeschlossen ist, hat sie eine unnatürliche, den materiellen und ideellen Bedürfnissen ihrer eigenen Anhänger widersprechende und auch dem Gemeinwohl schädliche Zwangslage geschaffen. Aus ihr herauskommen ist die Aufgabe, die offenbar jetzt auch sie ins Auge gefaßt hat. Ob sie sie aber auf dem von ihr eingeschlagenen Wege lösen wird, erscheint doch sehr zweifelhaft. Ist es nicht widerprüchlich, daß man im selben

Das Neueste vom Tage.

Wie das Blatt „Socjal“ erzählt, hat die ungarische Friedensdelegation beschlossen, vor dem Termin, der zur Unterzeichnung des Friedens festgesetzt ist, zu demissionieren. Die ungarische Regierung wird in dieser Angelegenheit in der morgigen Sitzung des Abgeordnetenhauses eine Erklärung abgeben. Der Generalsekretär Prasnowski fährt nach Paris, um die dadurch entstandene Situation dort vorzutragen.

Am Montag wurden in Paris 6 Mitglieder des Anarchistenbundes verhaftet wegen Herstellung eines Raketes, welches das Militär zum Ungehörig und Totschlag aufzubereite.

Nach heute vorliegenden Havasmeldungen scheint seit gestern der Streik in ganz Frankreich abgenommen zu haben.

Die Eisenbahner von Pürescia weigerten sich, einen von Frankreich kommenden Zug mit Kriegsmaterial, der nach Bularest bestimmt war, weiterzuführen, da es sich um Kriegsmaterial handelte, das zum Kampf gegen Sowjetrußland verwendet werden sollte.

„Corriere della Sera“ meldet, daß in San Michel-Tagliamento in der Provinz Venedig einige hundert Landarbeiter das Gemeindegeld beschossen, weil ihnen die Behörden die Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung verweigerte. Das Gebäude wurde vollkommen zerstört.

Aus Rom wird gemeldet: Nach dem alle Versuche, ein Kabinett ohne Ritti zu bilden, mißlungen sind, betraute der König neuerdings Ritti mit der Zusammenfassung eines Ministeriums.

Nach einer Meldung aus Rom wird die Zusammenkunft des Ausschusses von Juristen, der den Entwurf zur Errichtung eines internationalen Gerichtshofes ausarbeiten soll, auf Ersuchen der niederländischen Regierung im Friedenspalast abgefallen werden. Die Zusammenkunft soll am 11. Juni stattfinden.

Nach einem Telegramm aus Stockholm ist ein großer und moderner Unterseeboot Schwedens im Hafen von Karlskrona gesunken. Menschen befanden sich während des Unterganges des Bootes nicht an Bord.

In Bantry (Irland) sind 2000 Soldaten, gelangt, um über die Gräfschaft Corl verteilt zu werden. Polizei und hundert Soldaten verhinderten ernste Ereignisse.

Nach einem Bericht der „Bohemia“ kam es in Höhe n-Elbe zu Hungerdemonstrationen, bei denen der Bezirks-hauptmann verwundet wurde. Mehrere Sicherheitsoldaten und Gendarmen wurden entworfen und zum Teil mißhandelt.

Wie das „Journal“ mitteilt, glaubt der Untersuchungs-richter auf Grund von beschlagnahmten Papieren eine revolutionäre Organisation zur Errichtung einer Sowjet-republik in Frankreich entdeckt zu haben.

Gedanken zum Herforder Musikfest.

Von einem begeisterten Musikfreund, der noch völlig unter dem Eindruck des Musikfestes steht, erhalten wir folgende Zuschrift, die wir gern Raum geben.

Nachdem Ihr musikalischer Mitarbeiter bereits sein Urteil über die Leistungen sämtlicher Mitwirkenden an dieser Stelle der Öffentlichkeit zugänglich gemacht hat, soll es heute Zweck dieser Zeilen sein, Verlauf und Wirkung unseres Musikfestes von der Warte der Menschlichkeit aus zu betrachten.

Was hat uns das Musikfest gegeben? Wir glauben mit allen Teilnehmern dahin einig zu sein, wenn wir sagen, daß die gemeinsam verlebten Stunden auf dem herrlichen Schützenhof oder in der stimmungsvollen Stiftberger Kirche Stunden der Andacht, Augenblicke höchsten seelischen Empfindens für uns bedeuteten, die wir nie vergessen werden. Wie kein anderes Mittel waren die Tage des Musikfestes geeignet, das Einigende aller Volkskreise in uns mitschwingen zu lassen, uns zu zeigen, daß wir trotz aller Zerrissenheit, trotz allen Haders ein Volk sind mit gemeinsamem Empfinden, mit gleichgestimmter Gefühlslage und Lebensart. Gerade die schweren Jahre der Vergangenheit und die vor uns liegende dunkle Zukunft haben es mit sich gebracht, daß wir aufnahmefähig waren

für den Kampf Beethovens als Mensch und Verständnis haben für seinen endgültigen Sieg über die niedrigeren Kräfte, der in jedem Werke des Meisters ausstrahlt in der Bejahung der Lebensfreude, in der Hoffnung auf eine bessere Zukunft!

Nicht Tage des Festrausches und des Genusses durchlebten wir, sondern Tage ernst, weisevoller Stimmung, die uns haben vergehen lassen, was Schauriges an uns vorübergegangen ist und was Abstoßendes noch täglich an uns herantritt. So betrachtet war das Herforder Musikfest ein Tag höchster kultureller Bedeutung, ein Tag edelster Begeisterung, für die wir allen denen, die daran geholfen haben, von Herzen und für alle Zeit dankbar sind.

Die Tage des Festes sind vorüber, der graue Alltag mit Kämpfen und Wirklichkeiten jert wieder an uns Menschen. Allen denen, die ergriffen den großen Tönen der Zeit sich hingeben konnten, wird es leichter sein, die Zeit unseres Niederganges zu überwinden und daran mitzuwirken, daß es bald besser bei uns aussieht, daß sich Schillers Worte in Deutschland bewahrheiten werden: „Alle Menschen werden Brüder!“

Der Musikverein unserer Vaterstadt hat das erste Jahrhundert seines Bestehens in würdevoller Weise zum Abschluß gebracht. Wir können nur wünschen, daß es ihm vergönnt sein möge, auch das zweite Jahrhundert in gleicher Weise zu durchleben und daß es ihm ermöglicht werde, die hohe kulturelle Aufgabe, die er sich gestellt hat, auch fernerhin in

Augenblick, wo man sich bereit erklärt, demnächst in eine Koalition einzutreten und damit die bisherige Opposition zu ihr aufzugeben, eben diese Koalition und die ihr angehörenden Parteien auf Tod und Leben anfeindet und den Kampf gegen sie in einer Einheitsfront mit der anderen Oppositionspartei führt, zu der man doch, wenn man sich in die Koalition hineinbegeben sollte, selbst in Opposition treten müßte? Vielleicht denkt man sich die Sache so, daß man zunächst einmal die alten Koalitionsparteien um jeden Preis schwächen müsse: falls sie im neuen Reichstag nicht mehr die Mehrheit hätten, oder diese Mehrheit sehr erheblich zusammenschrumpfte, wäre man für eine Regierungsbildung unentbehrlich und könnte für die Mitwirkung an ihr die Bedingungen vorschreiben. Wenn nun aber diese Voraussetzung nicht eintritt — und dies ist der viel wahrscheinlichere Fall — was dann? Und selbst wenn sie eintreten sollte — auch dann hätte die Rechnung ein gewaltiges Loch. Sie entbehrt der politischen Psychologie. So lassen sich die Parteien denn doch nicht wie Figuren auf dem Schachbrett hin und her schieben. Schon jetzt hat die Sozialdemokratie sehr unzweideutig erklärt, daß sie es ablehne, auf die von der Deutschen Volkspartei angestellten Erwägungen über ihren Eintritt in die Regierung einzugehen, weil sie garnicht daran denke, mit ihr zusammen eine Regierung zu bilden. Diese Haltung braucht keineswegs bloß von Wahltaktik eingegeben sein. Denn die zweifellos echten Bestrebungen der Mehrheitssozialdemokratie, zu einem möglichst innigen Verhältnis zu den Unabhängigen zum Zwecke der Bildung einer proletarischen Einheitsfront zu gelangen, würden sich schlecht mit einer Regierungsgemeinschaft mit der Volkspartei als solcher vertragen. Nimmt man hinzu, daß auch die Fraktion der Mehrheitssozialdemokratie sicherlich stark radikalisiert aus dem Wahlkampf hervorgehen wird, und daß er, wenn er in dem von der Volkspartei verkündeten Sinne ausgeht, zu einer noch stärkeren Entfremdung zwischen ihr und den Koalitionsparteien, insbesondere aber gegenüber der Sozialdemokratie führen muß, so muß man sich fragen, wie denn eigentlich die neue Konstellation sich verwirklichen lassen soll. Schon jetzt sind innerhalb der Sozialdemokratie starke Strömungen vorhanden, die lieber heute als morgen aus der Koalitionsregierung mit den bürgerlichen Parteien heraus und entweder allein die Regierung übernehmen oder in eine frische und fröhliche Opposition übergehen möchten. Die Mitwirkung der Sozialdemokratie an der Regierung betrachtet aber auch die Deutsche Volkspartei für absehbare Zeit als unerlässlich. Der Schlüsseffekt kann sehr leicht der sein, daß die Sozialdemokratie sich einigt, das Bürgerturn sich zerstreut. So stehen wir vor einer fortgesetzten Experimentalpolitik höchst bedenklicher Art. Das Bedauerlichste ist nur, daß die Kosten dieser Experimente aber das deutsche Bürgerturn und im letzten Ende das deutsche Vaterland tragen müssen.

D. P. R.

Major Bischoffs Kind.

Das Ende einer Wahl-Legende.

Seit Wochen werden die wildesten Gerüchte über ungeheuerliche Zwangsmaßnahmen gegen das Kind Bischoffs verbreitet. Das sechsjährige Kind des wegen Hochverrats

gleich ernstster idealer Arbeit zu erfüllen. Wir Herforder haben Veranlassung, uns der vergangenen Tage stets mit Stolz und Genugtuung zu erinnern.

Am ersten Abend im Schützenhof wurde die „Missa solennis“ von Beethoven in vollendeter Form zu Gehör gebracht; ein Werk, das uns hinaufführt zu den höchsten Höhen der Menschheit. Man glaubte schon an diesem Tage, daß eine Steigerung nicht möglich wäre.

Am zweiten Abend weisevolle Stimmung, andachtvolles Zuhören der Besucher. Das Solisten- und Orgelkonzert in der Stiftberger Kirche brachte Stunden ungetrübten Gemütes und höchster Erbaulichkeit.

Am dritten Tage, eine neue Steigerung des vorhergehenden Abends, das große Festkonzert im Schützenhof, ausklingend in Beethovens gewaltigem „Tosset“ der 9. Symphonie. Auch hier Gottesdienst in reinster Gestalt und edelster Wirkung.

Zum Schluß noch ein Wort den Herforder Konzertsbesuchern, die jeden Abend den Raum bis zum letzten Platz füllend in ergreifender Andacht und Innigkeit den Darbietungen folgten. Es wird auch fernerhin die vornehmste Pflicht aller Vereine sein, die sich die Pflege guter Musik zum Ziel gesetzt haben, unser kunstfreudiges Bürgerturn zu befriedigen und zu begeistern. Auf die verständnisvolle Mitwirkung aller Kräfte unserer Stadt darf — das hat das Musikfest bewiesen — auch fernerhin von den Veranstaltern gerechnet werden.

angeklagt und flüchtigen Major Bischoff sollte durch den Stettiner Oberpräsidenten Bippmann angeblich in jeder Weise drangsalziert worden sein. Unter anderem hatte die Deutschnationalen Volkspartei ein aufreizendes Flugblatt, unterzeichnet vom Korvettenkapitän Freiherrn von Fortner, verbreitet, unter dem Titel „Die Wahrheit läßt sich nicht verbieten“. Gegenüber all diesen Darstellungen veröffentlicht das Stettiner Polizeipräsidium folgende amtliche Darstellung:

1. Das angebliche sechsjährige „Kind Bischoff“ existiert garnicht. Aus gewissen Gründen hat man bisher sorgsam verschwiegen, daß es sich bei dem angeblichen Kind Bischoff in Wirklichkeit handelt um die sechsjährige Beatrice von Freitag-Loringhoven. Ihre Mutter, Frau von Freitag-Loringhoven, ist eine Baltin und lebt getrennt von ihrem Mann; ihr Aufenthalt ist ebenso wie derjenige des Majors Bischoff, nicht zu ermitteln, und die Mutter hat sich auch bisher in der ganzen Angelegenheit nicht um ihr Kind gekümmert. Dem Major Bischoff stehen also, selbst wenn er Frau von Freitag-Loringhoven geheiratet haben sollte, irgend welche Elternrechte und gesetzlichen Vertreterbefugnisse an dem Kinde nicht zu. Das Kind hat ebenso, wie die vielgenannte „Bonne“, nur russische Staatsangehörigkeit.

2. Es ist unwahr, daß Blankovollmachten zu Verhaftungen, Durchsuchungen und Beschlagnahmen seitens des Oberpräsidenten oder des Polizeipräsidenten in Stettin oder mündliche Vollmachten durch Kriminalkommissar Malzahn an Unterbeamte eigenmächtig erteilt worden seien. Kriminalkommissar Malzahn hat überhaupt nicht im Auftrage der vorgenannten Herren gehandelt, sondern lediglich als Hilfsbeamter der Staatsanwaltschaft, und ist er als solcher zu vorläufigen Festnahmen, Durchsuchungen und Beschlagnahmen unter den gesetzlichen Voraussetzungen und in den gesetzlich vorgeschriebenen Formen durchaus berechtigt. Bektere sind niemals verhaftet worden. Einer Anweisung des Oberstaatsanwaltes in Stettin folgend, werden Aufträge zu Hausdurchsuchungen von den zuständigen Beamten nur schriftlich erteilt.

3. Es ist niemals über das „Kind Bischoff“ d. h. über die sechsjährige Beatrice Freitag-Loringhoven eine Schutzhaft verhängt worden. Auch ist eine Festnahme des Kindes niemals erfolgt. Wohl sind der Burche des Majors Bischoff und das Dienstpersonal der Frau von Freitag-Loringhoven (eine Bonne und ein Kindermädchen) vorläufig festgenommen worden, da sie ebenso, wie Frau von Freitag-Loringhoven dringend der Begünstigung verdächtig sind, indem sie dem Hochverräter Bischoff zur Flucht verholfen haben und ihn heimlich weiter unterstützen, um ihn vor der Festnahme zu sichern. Die beiden weiblichen Personen sollten unter Umständen als lästige Ausländerinnen — sie sind russischer Staatsangehörigkeit — ausgewiesen werden. Beim Wegtransport der Bonne erklärte diese, sie könne das Kind Beatrice, das ihrer Obhut anvertraut worden sei, nicht allein lassen und bat, daselbe mitnehmen zu dürfen. Da Herr von Kruse, auf dessen Gut Reekow die ganze Gesellschaft zu Gast wollte, keinen Widerspruch erhob und auch seine Hausdame, Frau Gräfin Westorp, die Sorge für das Kind nicht übernahm, gestattete Herr Kriminalkommissar Malzahn die Mitnahme des Kindes.

4. Die sämtlichen Behauptungen über gewaltsame Entführung, über Ausübung von Zwang auf das Kind usw. sind von Anfang bis zu Ende erfunden. Keiner der vernommenen Zeugen, darunter mehrere ältere Offiziere, haben nach dieser Richtung auch nur das geringste ausgesagen können.

5. In Stettin wurde dann das Dienstpersonal mit Rücksicht auf das Kind, um das sich ja niemand kümmern wollte, nach Vernehmung zunächst wieder auf freien Fuß gesetzt, indem vorläufig Abstand davon genommen wurde, die Russinnen auszuweisen. Die Bonne nahm das Kind wieder mit zurück.

6. Das Dienstpersonal wurde aber aus polizeilichen Gründen angewiesen, den Gutschef des Herrn von Kruse nicht zu verlassen, bis über die Ausweisung endgültige Entscheidung getroffen sei. Diese Ausweisungsbefehl über das Dienstpersonal wurde dann, nachdem die Voraussetzungen hierfür entfallen waren, am 6. Mai 1920 aufgehoben.

In unserer Gegend hat besonders die Deutsche Volkspartei das „arme Kind“ durch die Versammlungen geschleppt.

Phantastische Forderungen.

600 Milliarden.

dd. Zürich, 19. Mai. (Eig. Drahtb.) Die Summe von 130 Milliarden Gold-Mark, auf welche die von Deutschland zu zahlende Entschädigung angeblich festgesetzt wurde, stellt, wie das „Petit Journal“ meldet, ein Kompromiß zwischen der französischen und englischen Ansicht dar. Von der englischen Delegation wurde die deutsche Zahlungsfähigkeit auf 50 bis 100 Milliarden Mark geschätzt, von den Franzosen auf 200 bis 250 Milliarden. Man einigte sich dann auf 130 Milliarden Mark, was nach dem heutigen Kursstande über 600 Milliarden Mark ausmachen würde. Im Gegensatz hierzu steht eine Meldung, in der es heißt: In wohlunterrichteten Kreisen behauptet man, eine Ziffer sei nicht festgestellt worden, was auch unmöglich wäre, weil eine solche Feststellung nicht durch die beiden Premierminister Lloyd George und Millerand, sondern durch die ganze Friedenskonferenz erfolgen müsse. Wie weiterhin aus Pariser Blättern zu erfahren ist, soll der Ausschuss der Konferenz der deutschen Regierung in einer besonderen Note mitgeteilt werden, die wahrscheinlich schon in Berlin angelangt ist.

In Berliner politischen Kreisen bedauert man, daß die Schlußklärung über die Ministerkonferenz in Ely für Deutschland keine bestimmte Aussicht auf Befreiung aus seinen wirtschaftlichen Nöten enthalte. Der ungünstige Eindruck wird noch erhöht durch die Stimmen der Pariser Mütter, wonach sich Millerand in der Rolle eines wirtschaftlichen Diktators gegenüber Deutschland gefällt. Man erkennt wohl die Vorteile, die die rechtsstehende Opposition daraus zu ziehen vermag. Immerhin wird erklärt, daß England und Frankreich bei ihren Plänen für die Finanzierung des neuen Europa die Rechnung ohne den Wirt gemacht haben dürften, da eine weitgehende Kreditbereitschaft Amerikas durchaus nicht sicher gestellt ist.

Es ist in der Tat ein Hirngespinnst recht gallischer Art, von Deutschland 600 Milliarden Mark herauspressen zu wollen. Nur ein geradezu wider natürliches Knochengedächtnis kann Forderungen

dieser Art gebären. Deutschland will, das ist schon bis zum Ueberdruß häufig erklärt, an Kosten übernehmen, was irgendwie erträglich ist. Aber es ist einfacher Wahnsinn, diese Kostenbemessung so einzurichten, daß wir darüber zusammenbrechen.

Wir müssen immer und immer wieder das Gewissen der Welt aufrufen und an alle Einsichtigen appellieren, um unsere Feinde von der Unmöglichkeit ihres Verlangens zu überzeugen. Die Revision des Friedensvertrages von Versailles ist die dringendste Aufgabe unserer Politik. Erreicht wird diese aber nur, wenn in Deutschland eine vernünftige demokratische Politik gemacht wird, wie sie von den Koalitionsparteien versucht ist. Das mögen alle bedenken, die am 6. Juni zu wählen haben.

Spaa.

Deutschlands Forderungen.

tu. Berlin, 18. Mai. Wie bekannt, wird die Nationalversammlung morgen und übermorgen noch zwei Sitzungen zur Aufarbeitung einiger Reste abhalten. Einer Korrespondenz zufolge verläuft in parlamentarischen Kreisen, daß die Regierung am Donnerstag noch eine Erklärung zur außenpolitischen Lage abgeben werde. Ueber die Verhandlungen in Spaa habe die Reichsregierung Fühlung mit den Parlamentariern der Mehrheitsparteien genommen. Wie es heißt, wird die Regierung in Spaa der Entente ein Finanzprogramm vorlegen, sich aber Garantien geben lassen, daß die Entente den Wiederaufbau Deutschlands nicht durch neue Besetzungen störe. Die Wiederaufbauaktion solle ebenfalls dort genau besprochen werden. Ferner werde Deutschland fordern: Entfernung aller farbigen Truppen aus den besetzten Gebieten, Verbot der Werbeteilnahme für die Fremdenlegion, Sühnung aller Verbrechen im besetzten Gebiet, die von Soldaten der Entente begangen worden sind. In wirtschaftlicher Beziehung werden u. a. gefordert: Einführung der alten Zollgrenze an den Reichsgrenzen und Verhinderung des Ausverkaufes Deutschlands, Erleichterungen im Verkehr zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Gebiet.

Rußland gegen den Völkerbund.

dd. Lugano, 19. Mai. (Eig. Drahtb.) Wie aus Rom berichtet wird hat der Rat des Völkerbundes ein Telegramm aus Sowjetrußland erhalten, in dem Rußland erklärt, daß die politische Offensive fast überall in der Welt eine stillschweigende Billigung erfahren habe. Die russische Regierung sehe sich daher veranlaßt, der internationalen Untersuchungskommission, die unter dem Schutz des Völkerbundes stehe, den Zutritt nach Rußland zu verweigern, sie sei jedoch bereit, Vertreter der Gewerkschaften zu empfangen.

Deutsches Reich.

Reichswehrminister Dr. Gessler über Wiederaufbau und Koalition.

tu. Köln, 18. Mai. In einer stark besuchten Versammlung sprach gestern Reichswehrminister Dr. Gessler über Wiederaufbau und Koalition. Der Redner bekannte sich zum Einheitsstaat im Sinne der Gleichberechtigung aller Völker. Der Wiederaufbau Deutschlands sei ohne die Arbeiterschaft ebenso unmöglich wie ohne das Bürgertum. Zur Heeresfrage erwähnte Dr. Gessler, daß von den 30 000 Berufsoffizieren, die Deutschland am Ende des Krieges besessen habe, 20 000 bereits entlassen seien und daß weitere 6000 vor ihrer Entlassung ständen. Die Reichswehr, deren Aufgabe es sei, Deutschland zu schützen, dürfe keiner Partei, sondern müsse dem deutschen Volke gehören.

Eine Arbeitslosen demonstration.

dd. Berlin, 19. Mai. (Eig. Drahtb.) Die Arbeitslosen von Groß-Berlin veranstalteten am Dienstag Demonstrationen, die sich durch die innere Stadt bewegten und auch durch die Wilhelmstraße geführt wurden. Die Regierungsgebäude waren durch Wachkommandos geschützt. Zu Zusammenstößen ist es nirgends gekommen. Eine Demonstration vor dem Reichsarbeitsministerium wurde durch Versperrung verhindert. Eine fünfzigköpfige Deputation erhielt die Erlaubnis, die Postenkette zu passieren und vor dem Reichsarbeitsminister zu erscheinen.

Wie der Berliner Lokalanzeiger erzählt, wird die Einführung des Zweiklassensystems auf den Reichsbahnen voraussichtlich am 1. Juni 1921 durchgeführt sein.

Reichsfinanzminister Wirth erklärte in einer Zentrumswählerversammlung, daß zur Abwicklung und Beschaffung ausländischer Kredite die rechtzeitige Gründung einer Treuhändergesellschaft beabsichtigt sei, welcher u. a. Großindustrielle und kreditfähige Organisationen angehören sollen. Bei Fortdauer des unrentablen Arbeitens der deutschen Staatsbetriebe werde die Regierung schließlich gezwungen sein, die Staatsbetriebe ausländischen Kapitalgesellschaften zu überlassen, um weitere ausländische Kredite zu erhalten.

In einer Wählerversammlung in Biebrach erklärte Erzberger: Das Zentrum müsse eine möglichst nach links gerichtete Politik treiben, sonst verliere es Millionen von Arbeiterstimmen. Lieber soll es einige hundert Stimmen von rechts gerichteten Besitzenden verlieren, als diese.

Bei der interalliierten Kommission in Oppeln haben die Verhandlungen über die durch den Richterfreit geschaffene Lage begonnen. An den Verhandlungen nimmt auch ein Vertreter des Reichsjustizministeriums teil.

Der Binnenschiffverkehr dauert an, ebenso ist im Freizustreit noch keine Einigung erzielt.

Der Generalfreist, der bereits in der zweiten Zone als Protest gegen die Einführung der Kronenwährung in der ersten Zone erwogen worden war, scheint, wie der Berliner Lokalanzeiger aus Flensburg berichtet, durch Entgegenkommen der internationalen Kommission abgewendet.

Die interalliierte Kommission erklärte den in Flensburg versammelten Vertretern aller Stände, daß sie dem Gedanken einer Internationalisierung der zweiten Zone völlig fernstehe.

Die Nachricht von der Befreiung von Tilsit durch die Bolschewisten wird dementiert. Diese ziehen alle verfügbaren Streitkräfte aus dem Kaukasus, um gegen die Polen kämpfen zu können.

Gestern Abend wurde der sozialdemokratische Parteisekretär Krocq in Altdorf durch Revolutionäre schwer verletzt, daß er bald darauf seinen Verletzungen erlag. Der Mord ist von großpolnischer Seite aus geschehen.

Die von Fridolf Ranzen geleitete Organisation zur Heimbefreiung deutscher, österreichischer und ungarischer Kriegsgefangener aus Rußland ist soweit gebiechen, daß täglich 500 Kriegsgefangene aus Rußland an der finnischen Grenze über Kaparanda eintreffen.

Heute ist der regelmäßige Flugzeugdienst zwischen Holland und England aufgenommen worden. Gegen mittag landete hier von London kommend das erste englische Flugzeug.

Die Wiener Sektion der Reparationskommission soll den Plan verfolgen, die österreichischen Bahnen der Entente Kontrolle zu unterstellen. Hierfür ist neben den finanziellen Gründen der Umstand maßgebend, daß die österreichische Regierung offenbar nicht die Macht besitzt, die Anarchie in den Bahnbetrieben zu beseitigen.

In Budapest ist ein deutsch-ungarischer Bauernbund gegründet worden. Die neue Organisation soll verhindern, daß das patriotisch gekannte Deutschland unter die Führung unberufener alldeutscher Agitatoren gelangt.

Wieder eine Ente.

Der „Hannoversche Kurier“, von jeher einer der schärfsten Demokratien, hat mit Behagen die Nachricht aufgenommen und verbreitet, der Ortsverein der Deutschen demokratischen Partei der Stadt Hannover sei auf ein Fünftel (1) seiner Mitgliederzahl zurückgegangen. Tatsächlich sind, wie uns aus dem Geschäftsführenden Ausschuss des Ortsvereins mitgeteilt wird, die nicht zum wenigsten durch die starke Erhöhung des Beitrags entlassenen Austrittserklärungen durch regelmäßig einlaufende Neuanmeldungen fast vollständig wettgemacht.

Zentrum und Deutschnationalen.

Das Berliner Organ der Zentrumspartei, die „Germania“, hat am 11. Mai von den Deutschnationalen gesagt:

„Von ihnen gilt, mit einigen Einschränkungen, das gleiche wie von den Unabhängigen. Ihr Ziel ist die Errichtung einer einseitigen Herrschaft, unter der das Reich nicht gedeihen kann, die sein Verderben werden wird. Hierzu kommt, daß die Deutschnationalen Volkspartei immer radikaler wird, und die Männer, mit denen noch eine gemeinsame Politik möglich wäre, aus der Partei herausgedrängt oder kaltgestellt werden. Die Deutschnationalen Partei ist auch deshalb zu bekämpfen, weil ihre Agitation geradezu auf den Katholikenfang angelegt ist. Sie will in unsere ureigenste Domäne einbrechen. Dieses Ziel muß aber am 6. Juni vereitelt werden.“

Graf Westarp beschäftigt sich am Sonntag sehr entrüstet in der „Kreuzzeitung“ mit diesen Ausführungen. Aber widerlegen kann er sie nicht.

Herford u. Minden-Ravensberg.

Fernsprech-Anschluß der Schriftleitung. Nr. 151.

19. Mai.

Krankenfürsorge.

Geschäftsbericht der Allgemeinen Ortskrankenkasse Herford für 1919.

Der uns vorliegende Geschäftsbericht der Allgemeinen Ortskrankenkasse Herford für das Geschäftsjahr 1919 gibt eine äußerst interessante und klare Darstellung über die Tätigkeit und die Aufgaben der Kasse im verflossenen Jahre. Bei der großen sozialen Bedeutung des Instituts dürfte es für weiteste Kreise der Bevölkerung von Interesse sein, näheres darüber zu erfahren. Wir lassen daher einen kurzen Auszug aus dem Bericht folgen. Dieser besagt:

Ganz allmählich kehrten, wie in anderen Krankenkassen, auch bei uns festgestellte Verhältnisse zurück, obwohl in dem Berichtsjahr von einer gleichmäßigen Entwicklung, wie wir sie vor dem Kriege kannten, nicht gut die Rede sein kann. Brachte uns ausgangs vorigen Jahres die Demobilisation große Scharen wiedererwerbender Mitglieder, so fand die Bewegung in diesem Jahre ihre Fortsetzung durch die Rückkehr der Gefangenen. Und noch eine andere Erscheinung übte großen Einfluß auf den geschäftlichen Gang der Kasse aus. Es war die ohne Unterbrechung stehende Teuerung, die wiederum eine fortwährende Erhöhung der Löhne und Gehälter zur Folge hatte und eine unaufhaltbare Abwanderung nach den höchsten Beitragsstufen hervorrief. Ganz wesentliche Belastungen brachte das Gesetz vom 26. September, sowohl finanziell, als auch hinsichtlich der Arbeitsbürde.

In 10 Sitzungen erledigte der Vorstand seine Arbeiten, während der Ausschuss in 2 Sitzungen die ihm obliegenden Geschäfte zur Beschlußfassung brachte. Außer den regelmäßigen Revisionen wurde die Kasse am 25. April durch den vereid. Bücherrevisor Herrn Ostwald revidiert. In der Vorstandssitzung vom 6. August wurde vorgeschlagen, die bei Ausbruch des Krieges fallen gelassene Familienversicherung wieder einzuführen. Als Leistungen wurden vorgeschlagen: freie Arznei, eine Beihilfe für Wöchnerinnen und Sterbegeld an Familienangehörige. Den Arbeitsnehmer-Vertretern gingen diese Leistungen jedoch nicht weit genug, sie wünschten statt der freien Arznei freie ärztliche Behandlung. Da inzwischen auch bekannt wurde, daß ein Gesetz über Wochenhilfe in Kürze erscheinen würde, wurde die endgültige Stellungnahme zu dieser Frage bis nach Bekanntgabe des Gesetzes über Wochenhilfe vertagt. Am 26. September 1919 erfolgte dann die Veröffentlichung des besagten Gesetzes. In der Vorstandssitzung vom 7. November wurde darauf die Einführung der Familienversicherung ab 1. Januar 1920, bei Gewährung von sechs Wochen freier ärztlicher Behandlung beschloffen. Wie zu erwarten, ließ sich durch die Einführung der Familienversicherung eine Erhöhung der Beiträge nicht umgehen. Dieselben wurden von 4 Prozent auf 5 Prozent des Grundlohnes festgesetzt. Nachdem der Ausschuss in seiner Sitzung vom 18. November der Einführung der Familienversicherung und der Erhöhung der Beiträge seine Zustimmung gegeben und das Oberversicherungsamt Minden seine Genehmigung erteilt, tritt dieselbe am 1. Januar 1920 in Kraft. Segensreich wird die Wirkung sein, denn tief liegt der Gesundheitsstand darnieder. Ehegatten, Kinder und andere Angehörige unserer Mitglieder werden in den Stunden der Krankheit auf Kosten der Krankenkasse ärztliche Hilfe finden. Mit Erfolg kann nun aber auch auf Grund der Familienversicherung endlich gegen die in die Familienkreise hineingetragenen Seuchenherde vorgegangen werden. Die in diesem Jahre erstmalig in Tätigkeit getretene ärztliche Untersuchungskommission hat für uns sehr gute Resultate gezeigt.

Schon im Verlauf eines Jahres hingeben eigene Heimarbeit Gebulds machte uns das entsprechende unsere wichtige Gebieterisch so Kräfte. Grobe simulanten Verwaltungsgeschäften bemerkt gebracht: von nach 8 517 1, von freiwillig 409 114,20 M. handlung 57 7 11 900,51 M. für Räder 8132,73 Den Mitgliedern Mark an Wochen geld 1962,15 M. geld 2051,64 M. erforderlichen 25 also 33 361,06 von den wesen von Arznei 5,7 geld 26,02 M. waltungsstellen seit Beendigung 1914 der 4404, 191 und 1919 5798 selbst stieg die nur 1919 hat dagegen 6001.

Das Ergel großen und ge auch im K zum Segen der

Sticht Inlandsbriefe Auslandsvorlese der 1918 über werden.

Die E Beruflwege deren mangel besonders gilt Kriegsteilnehmern tischen Instanz Württemberg n übergegangen. artige Einrich betriebe zu sch hat jetzt beim solle auf die gleichartige G seit Jahrzehnte in Betriebsbetrie

Gegen wendet sich e Wissenschaft, rungen. Er n danken zu gen Staatsmittel de unserer Zeit r der Schule ga bestehenden ge den Schulaufst für dafür ein

Pfingst uns: Die Vor 8 Uhr, in A bringt wieder vorträge. Au hervorzuheben das sonnig-str recht in die C zuziehen“. D deutscher Volk innige „Die d feinfühnige Ba von Schraden tion „Sturm b. Sozialis Vorträge des auch die Meh ein. Der Rei größtenteils Gines hatte d bisher erlebter von zustimme brochen. In Darstellung v zungen klang und zur Dem gegen den K nicht minder mus von lim übergeht dabe Mitglieder d sozialdemokra nalen Gedant ausshob. W tennt muß f war der Rer in dieser Fra

g dienk jrot
worden. Gegen
das erste eng
Kommission soll
bahnen der En-
für ist neben dem
gebend, daß die
ie Macht befiht
itigen.

ungarischer
neue Organi-
gegründete Deut-
deutscher Agita-

der schlimmsten
ht aufgetischt und
tischen Partei der
gliebezah zurück-
Geschäftsführenden
nicht zum wenig-
anden Austritts-
anmeldungen fall-
— D. P. R. —

ale.

die „Germania“,
sagt:
Erklärung einer
richtigen kann
daß die Deutsch-
und die Männer,
h wäre, aus der
Die Deutschnati-
ihre Agitation
ie will in unsere
aber am 6. Juni

sehr entrüstet in
widerlegen kann
— D. P. R. —

ensberg.

19. Mai.

entasse Herford

er Allgemeinen
jahr 1919 gibt
lung über die
offenen Jahre.
Interesse dürfte es
Interesse sein,
aher einen kur-
befagt:

deren Kranken-
zurück, obwohl
Entwicklung,
it die Rede sein
pres die Demo-
Mitglieder, so
re Fortsetzung
och eine andere
geschäftlichen
erbredung frei-
während der Er-
hatte und eine
stten Beitrags-
tionen brachte
ziell, als auch

seine Arbeiten,
im obliegenden
er den regel-
5. April durch-
diert. In der
geschlagen, die
amilienverfö-
wurden vorge-
nerinnen und
Arbeitnehmer
cht weit genug-
tliche Behand-
daß ein Gesetz
wurde die
bis nach Be-
ragt. Am 26.
scheidung des be-
18. November
ienversicherung
3 Wochen freier
erwarten, ließ
eselben wurden
hnes festgelegt.
18. November
und der Er-
geben und das
nigung erteilt.
t. Gegenreich-
gesundheitsstand
ungehörige un-
Krankheit auf
n. Mit Erfolg
ienversicherung
meingetragen
diesem Jahre
Untersuchungs-
gezeigt.

Schon im vergangenen Jahre berichteten wir über den
Kauf eines Hausgrundstückes. Wenn wir uns der Hoff-
nung hingaben, unsere Büroräume recht bald in unser
eigenes Heim verlegen zu können, so mußten wir eine recht
harte Geduldsprobe bestehen, erst im Monat Oktober
machte uns das Zollamt Platz und konnten wir nach einer
entsprechenden Instandsetzung anfangs November die Ver-
legung unseres Büros vornehmen. Damit ist wiederum
ein wichtiger Schritt der Entwicklung nach vorwärts getan.
Gebietserweiterung fordert die Zeit die Zusammenfassung der
Kräfte. Große Aufgaben werden zu den schon vorhandenen
hinzukommen, und da wird es gut sein, über ein eigenes
Verwaltungsgebäude zu verfügen.

Aus dem Rechnungsbuch, der in Ausgaben
und Einnahmen mit 430 177,26 M. balanziert, sind folgende
Posten bemerkenswert. An Beiträgen wurden auf-
gebracht: von Arbeitgebern 132 954,84 M., von denselben
nach § 517 1,75 M., von Mitgliedern 266 401,88 M. und
von freiwilligen Mitgliedern 9755,73 M., insgesamt
409 114,20 M. Ausgaben wurden für ärztliche Be-
handlung 57 761,76 M., für Zahnärzte und Dentisten
11 900,51 M., für Apotheken 33 518,20 M., für Heilmittel und
Wälder 8132,73 M. und für Krankenhauspflüge 21 894,60 M.
Den Mitgliedern wurde gezahlt an Krankengeld 150 885,11
Mark an Wochen- und Stillschuld 18 579,68 M., an Haus-
geld 1962,15 M., an Sterbegeld 4428,50 M. und an Kinder-
geld 2051,64 M. Persönliche Verwaltungskosten
erforderten 25 980,36 M., sächliche 7380,70 M., insgesamt
also 33 361,06 M. Auf den Kopf des Mitglieds entfallen
von den wesentlichen Ausgaben: von Zahnärzten 2,05 M.,
von Arznei 5,78 M., von Heilmitteln 1,41 M., von Kranken-
geld 26,02 M., von Wochengeld 3,20 M. und von Ver-
waltungskosten 5,75 M. Im Mitgliederstand ist
seit Beendigung des Krieges ein merklicher Aufstieg zu ver-
zeichnen. 1914 betrug der Jahresdurchschnitt der Mitglie-
der 4104, 1915 4071, 1916 3539, 1917 3841, 1918 4302
und 1919 5798. Auch während des Geschäftsjahres 1919
stieg die Mitgliederzahl beträchtlich. Noch im Ja-
nuar 1919 hatte die Kasse 4498 Mitglieder, im Dezember
sagegen 6001.

Das Ergebnis des Berichtsjahres kann demnach im
großen und ganzen als günstig bezeichnet werden. Möge
es auch im kommenden Jahre vor- und aufwärtsgehen,
zum Segen der Allgemeinheit.

Stichproben im Inlandsbriefverkehr. Auch im
Inlandsbriefverkehr sollen zukünftig wie bisher nur im
Auslandsverkehr auf Grund der Verordnung vom Novem-
ber 1918 über die Kapitalflucht Stichproben veranstaltet
werden.

Die Handelsaufsicht. Für die Angestellten aller
Berufsstände bestehen eine Reihe von Schutzgesetzen, über
deren mangelhafte Durchführung lebhaft geklagt wird.
Besonders gilt das von der Arbeitszeit, der Einstellung von
Kriegsteilnehmern und -beschädigten und der gesundheitli-
chen Instandhaltung der Arbeitsräume. In Bayern,
Württemberg und Hamburg ist die Regierung deshalb dazu
übergegangen, im Anschluß an die Gewerbeaufsicht gleich-
artige Einrichtungen auch für die Handels- und Bureau-
betriebe zu schaffen. Der Zentralverband der Angestellten
hat jetzt beim Reichsarbeitsministerium beantragt, dieses
soll auf die übrigen Regierungen im Reich einwirken,
gleichartige Einrichtungen zu schaffen. Damit würde eine
seit Jahrzehnten von den Angestellten in Handels- und
Bureaubetrieben erhobene Forderung endlich erfüllt.

Gegen die körperliche Züchtung in den Schulen
wendet sich eine besondere Verfügung des Ministers für
Wissenschaft, Kunst und Volksbildung an sämtliche Re-
gierungen. Er wünscht die gesamte Lehrerschaft für den Ge-
danken zu gewinnen, daß die körperliche Züchtung ein
Strafmittel darstellt, dessen Anwendung mit dem Geiste
unserer Zeit nicht mehr vereinbar ist und das daher aus
der Schule ganz beseitigt werden mußte. Unbeschadet der
bestehenden gesetzlichen Bestimmungen macht er deshalb
den Schulaufsichtsbehörden zur Pflicht, ihren ganzen Ein-
fluß dafür einzusetzen, daß dieser Zustand eintritt.

Pfingst-Konzert der Sängervorte. Man schreibt
uns: Die Vortragsfolge zu diesem am 1. Pfingsttag, abends
8 Uhr, in Brinkmanns Garten stattfindenden Konzert
bringt wieder einen vollen Strauß guter Chor- und Musik-
vorträge. Aus der Fülle der Männerchöre sind besonders
hervorzuheben: Friedr. Hegars „Morgen im Wald“,
das sonnig-strahlende „Frühling am Rhein“ und das so
recht in die Gegenwart passende „Horch, die alten Eichen
scheiden“. Daran anschließend zwei der schönsten Perlen
deutscher Volkslieder: „Wenns Mailüster weht“ und das
innige „Die drei Röslein“ von Sülzer. Dann folgt die
feinfühnige Ballade „Schön Rohraut“, ferner „Heidenacht“
von Schradler, sowie die mächtige Dürner'sche Komposi-
tion „Sturmbejwörung“, mit der die Chorborträge aus-
klingen. Amrahmt werden die Darbietungen der Sänge-
rorte von guten Musikstücken des Städtischen Orchesters.

Sozialdemokratische Wahlversammlung. Mit einem
Vortrage des Abg. Schred-Bielefeld trat Montag abend
auch die Mehrheitssozialdemokratie hier in den Wahlkampf
ein. Der Redner fand eine zahlreiche Zuhörerschaft, die
größtenteils seine Ausführungen beifällig hinnahm.
Er hatte diese Versammlung vielen anderen, die wir
bisher erlebt, voraus, sie verlief ruhig und wurde selten
von zustimmenden oder ablehnenden Zwischenrufen unter-
brochen. In fast zweistündiger Rede gab Herr Schred eine
Darstellung von der Stellung seiner Partei, seine Ausfüh-
rungen klangen aus in ein Bekenntnis zum Sozialismus
und zur Demokratie. Rücksichtslos wandte er sich anfangs
gegen den Kapitalismus von rechts, unzweideutig und
nicht minder scharf dann auch gegen Diktatur und Putz-
ismus von links. Er hält unbedingt an der Koalition,
übergeht dabei in seiner Kritik aber auch nicht die anderen
Mitglieder der Koalition. Greulich war in dieser
Sozialdemokratischen Rede die starke Betonung des natio-
nalen Gedankens, wie ihn auch Scheidemann kürzlich her-
ausgehob. „Wer sich zum internationalen Sozialismus be-
kennt, muß sich zuerst zum eigenen Volke bekennen“, das
war der Kernpunkt der Ausführungen des Abg. Schred
in dieser Frage. Bei den eigenen Parteileuten fand der

Redner großen Beifall, löste aber den Widerspruch der U. S.
P. aus. Für diese trat ihm Herr Frick Schmidt entgegen.
Er machte das drohende Gespenst der nahen Arbeitslosigkeit
an die Wand und verteidigte die U. S. P. als die wahren
und einzigen Sozialdemokraten, die dem zu steuern wüßten.
Den Mehrheitssozialdemokraten als Regierungspartei wirft
er besonders Begünstigung und Förderung des „weißen
Schredens“ vor. Über im Hinblick auf den bürgerlichen
„Kapitalismus“ kommt er trotz aller Gegenfälle zu dem
Schluß: Der Sieg den Sozialdemokraten! Als zweiter
Diskussionsredner trat Herr Pastor Richter auf, der die
Regierungsmänner als unfähig hinstellte und die Forde-
rung nach dem starken Mann erhob, ob der von rechts oder
links komme, sei ihm einerlei, folgte er hinzu. Nur die Re-
ligion könne unser Volk aus dem Unglück retten. In sei-
nem Schlusswort entgegnete der Hauptredner auf die Ein-
wände. Den Vertreter der Kirche ermahnte er, das Gebot
der Nächstenliebe zu beachten und nicht gegen das Volk zu
arbeiten in einer Partei, die durchaus rein kapitalistisch sei.
Dadurch sei es zu erklären, daß vielen die Kirche verleidet
würde und im Zusammenhang damit auch die Religion.
Herrn Schmidt warf er Inkonsequenz vor und bezeichnete
seine Politik direkt als unmöglich. Einen Gegenfag zu
konstruieren, wie Herr Schmidt, daß man sagt: Die So-
zialdemokraten, die Kapitalismus“ sei verfehlt, man müsse
im Gegenteil mit der bürgerlichen Demokratie zusamen-
gehen.

Amt Herford-Biddenhausen.

1. Eidum, 18. Mai. Der sich an das Gewitter der vor-
letzten Nacht anschließende milde Regen war für unsere
Früchte nach der Kälte der letzten Nächte eine nicht geringe.

Amt Gohfeld-Mennighüffen.

Fr. Böhne, 17. Mai. Am Sonntag nachmittag beabsich-
tigte Oberbürgermeister Dominicus, der 1. Kandidat der
Deutschdemokratischen Partei, sich im Böhne seinen Wäh-
lern vorzustellen. Da er durch unvorhergesehene Ereig-
nisse gezwungen war, nach Berlin zurückzukehren, hatte
Herr Abg. Kühle den Vortrag übernommen. Nach den ein-
leitenden Worten des Versammlungsleiters, Herrn West-
feld, ging Herr Kühle auf die zur Zeit sich besonders be-
merkbar machenden politischen Strömungen des Radika-
lismus von links und von rechts ein. Nachdem er einzelne
Punkte, die den politischen Gegnern wirksamen Agitations-
stoff bieten, Generalkritik, Stellung zu den Gewerkschaften
usw. beleuchtet hatte, beschäftigte er sich eingehend mit der
von der Regierung bisher verfolgten Politik mit besonderer
Berücksichtigung der Mittelstands- und Beamtenfragen, der
Steuererhebung und der Ernährungsfrage und unterzog sie
einer gerechten Kritik bei gleichzeitiger Würdi-
gung des tatsächlich Geleisteten. Die Wege, die die Demo-
kratie im neuen Reichstag auf allen diesen Gebieten ein-
schlagen will, waren der Gegenstand längerer Ausführun-
gen. Der Referent legte dar, daß unbedingtes Erfordernis
für die Gesundung unserer gesamten Verhältnisse die
Steigerung der Produktion sei. Klar und ein-
dringlich hob Herr Kühle die ablehnende Stellung der
Deutschdemokratischen Partei gegenüber den Sozialisie-
rungsplänen heraus und wies nach, daß gerade der neue
Entwurf der Sozialisierungskommission betreffend die
Rechte der Kommunen in dieser Frage wilde Sozialisie-
rungsgepläne verbünden solle. Auch betrafte des Abbaues
der Zwangsversteigerung zeigte er neue Wege. Die Aussprache
gab Herrn Kühle Gelegenheit, auf das Betriebsrätegesetz
und das ihm zugrunde liegende Problem, die Erziehung
des Arbeiterstandes zur Verantwortung einzugehen. Herr
Dr. Müller-Bielefeld nahm Stellung zu den Fragen der
Staatsform, Demokratie und Monarchie und verbreitete
sich über die Zusammenhänge zwischen Demokratie und
Christentum. Erst gegen 6 Uhr konnte die interessante Ver-
sammlung geschlossen werden, in der sich die zahlreichen
Zuhörer von dem Geist, der in der demokratischen Partei
herrscht, überzeugen konnten.

Amt Blotho.

Exter, 16. Mai. In der letzten Gemeindevertreter-
sitzung wurde unter dem Vorsitz des Beigeordneten Thof-
Blotho u. a. folgendes beschlossen: Den Beschlüssen des
Schulvorstandes wegen Festsetzung eines jährlichen Betra-
ges für die Ergänzung und Instandsetzung der Lehrmittel
in der Schule wurde beigetreten. — In die Wegebaufom-
mission wurden gewählt bzw. wiedergewählt für die
Bauerschaft Exter die Landwirte Gustav Redefuß, August
Kundermann und Wilhelm Brinkmann, für die Bauerschaft
Solkterwisch die Landwirte Friedrich Steinmann und Aug.
Koch. — Das Vermächtnis von 3000 M. der Eheleute Jo-
hann Christof Schmiedelamp aus Exter zur Vinderung von
Notständen wurde angenommen. — Das Ortsgesetz über
die Leistung von Hand- und Spanndiensten wurde abge-
ändert. — Hierauf wurde eine Rechnungskommission ein-
gesetzt, der die Gemeindevertreter Brinkmann und
Brinkmann und der Bauerschaftsvorsteher Pönighausen
angehörig soll. — Es soll eine Nachsteuer von 60 v. H. von
allen Steuerarten erhoben werden, um den Geldschwierig-
keiten gerecht zu werden und mit reinen Verhältnissen in
die neue Finanzwirtschaft hineinzugehen. Die Nachsteuer
soll bald zur Erhebung kommen. — Es wurde die Einfüh-
rung einer Hundsteuer nach dem vorgelegten Entwurf be-
schlossen. — Weiter wurde der Erwerb von Grundstücks-
pflichten von den Landwirten Götner und Meise in Exter
beschlossen.

1. Nieder-Zöllendorf, 18. Mai. Nicht weit von unserer
Kreisgrenze brannte bei dem letzten schweren Gewitter das
Bauernhaus des Peppmüller'schen Hofes nieder. Vieh und
Möbel wurden gerettet. Von auswärts war die Feuer-
wehr Exter zu Hilfe gekommen.

Bielefeld, 18. Mai. Der Haushaltsplan der Stadtverwaltung
für das laufende Geschäftsjahr soll dem Vernehmen nach mit einer
Ausgabesumme von über 24 Millionen Mark abschließen, denen
Einnahmen von etwas mehr als 19 Millionen Mark gegenüber-
stehen. Es verbleibt danach ein Fehlbetrag von rund 5 Milli-
onen Mark.

Bielefeld, 18. Mai. Trotz bevorstehender erheblicher Erhöhung
der Fahrpreise ergibt sich im Betriebe der Straßenbahn ein Fehl-

betrag von rund 1 600 000 M. Die Aussichten für die Straßen-
bahn sind so ungünstig, daß mit einer vollständigen Stilllegung des
Betriebs gerechnet werden muß.

Sport.

Fußball am Mittwoch, Lübberbruch. Heute abend
6 Uhr spielt die 1. Mannschaft des S. C. Union 08 gegen
die Fußballmannschaft des Freikorps Gable. Bei den Sol-
daten wirken verschiedene erstklassige Spieler westfälischer
Biganmannschaften mit, sodaß ein interessantes Spiel zu er-
warten ist. Kein Geforderter Fußballer darf sich das Ereig-
nis entgehen lassen!

Schlag- und Faustball. Die Vorkämpfe um die Gau-
meisterchaft für Schlagball und Faustball haben im Min-
den-Habensberger Turngau am letzten Sonntag in Bielefeld
begonnen. Zu den zahlreich gemeldeten Vereinen gehört
auch die hiesige Turngemeinde, dessen Faustballriege die
Spiele gegen die Tgde. Siefer mit 66:43 Punkten und
gegen den T. V. Gütersloh mit 91:66 Punkten gewinnen
konnte. Von den beiden Schlagballspielen konnte die Turn-
gemeinde das Spiel gegen die Tgde. Siefer mit 68:59
Punkten für sich entscheiden, während sie gegen den Turn-
und Spielverein von 1890 Bielefeld eine Niederlage erlitt.

Viehmarkt.

Zuchtweineverkauf.

Auf den am Mittwoch, den 26. Mai, nachmittags 2 Uhr, statt-
findenden Zuchtweineverkauf bei dem Gofseher Ebler in
Nordhausen bei Osterkappeln wird hiermit nochmals hingewiesen.

Wirtschaftsleben.

Devisenkurse.

Für je 100 der Landeswährung in Mark.

Telegraphische Auszahlungen:	18. Mai		17. Mai	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam-Rotterdam	1745,70	1749,30	1773,20	1776,80
Brüssel-Antwerpen	349,65	350,35	339,65	340,35
Christiana	834,10	835,90	894,10	895,90
Kopenhagen	791,70	793,30	806,70	808,30
Stockholm	998	1010	1021 1/2	1023 1/2
Helsingfors	249,70	257,80	252,20	252,80
Italien	239,75	240,25	235,75	236,25
London	183,05	183,45	186,90	186,20
Newyork	47,57 1/2	47,67	48,57 1/2	48,67 1/2
Paris	333,65	339,3	321,65	322,35
Schweiz	836,60	833,40	855,10	856,90
Spanien	789,20	790,80	811,60	813,40
Wien (alt)	18,98	19,02	19,48	19,52
do. (Deutsch-Öst. abgestemp.)	23,35	23,41	23,29 1/2	23,35 1/2
Prag	86,30	86,50	85,70	85,90
Budapest	21,10	21,14	21,09 1/2	21,15 1/2

Börsenstimmungsbild.

mt. Berlin, 18. Mai. Bei ziemlich Geschäftstille war die
Kursbildung zwar überwiegend fest, doch unregelmäßig. Für die
Mehrzahl der Montanwerte waren in der Hauptfache Kursbesser-
ungen festzustellen, die aber nur bei Bismarckhütte, Rheinstahl,
Zellstoff Waldhof, Neuguinea und Olavi über 10 Proz. hinaus-
gingen. Ausgesprochen zutage trat die Unregelmäßigkeit in der
Kursbildung auf den übrigen Märkten, wo neben mäßigen Besse-
rungen auch Rückgänge über 15 Proz. und wesentlich darüber bei
Westeregeln, Deutsch-Lebersee, Rheinische Braunkohlen, Argo und
türkische Tabakaktien eintraten. Gemischte Rentenwerte waren fest,
andere still und wenig verändert. Die höheren Anfangskurse wa-
ren später besonders auf dem Montanmarkt nicht überall aufrecht
zu erhalten, außerdem traten leichte, überwiegend nach unten ge-
richtete Schwankungen ein, wodurch aber das Gesamtbild der ab-
wartenden lustlosen Haltung nicht wesentlich verändert wurde.

Infolge der zum Schluß besonders empfundenen Geschäftstille
und des erheblichen neuerlichen Rückganges der ausländischen De-
visen gestaltete sich der Schluß der Börse allgemein schwach.

Getreidebericht.

mt. Berlin, 18. Mai. Am Hofmarkt wurden infolge reich-
licher Kaufverträge seitens der Reichsgetreidekasse vormittags bis
10 M. über die gestrige Schlussnotiz gehandelt, mittags waren jedoch
diese Preise infolge des reichlicheren Angebots nicht überall zu er-
zielen. In der stillen Geschäftslage für Hülsenfrüchte hat sich in-
sondern etwas geändert, als Pferdebohnen in kleineren Abfassen zu
höheren Preisen gehandelt wurden. Bei den übrigen Artikeln ist
keine Veränderung eingetreten.

Zuckeraustausch mit der Tschecho-Slowakei.

Berlin, 18. Mai. Wie wir hören, hat die Tschecho-Slowakei
im Austausch an Deutschland in der vergangenen Woche 1500 Ton-
nen Zucker geliefert. Insgesamt sind bisher 7500 Tonnen Zucker
an Deutschland abgeführt worden. Deutschland hat diese Lieferun-
gen der Tschecho-Slowakei mit 1886 Eisenbahnwagen beglichen.

Der Großkapitalismus im Zeitungsgeerbe.

tu. Dortmund, 18. Mai. Das hiesige Zentrumblatt „Re-
monia“ berichtet von der Düsseldorf'er Tagung des Augustinus-
vereins u. a., daß der Postminister Giesberts darauf hingewiesen
habe, daß er die Erhöhung der Gebühren für die Zeitungen bis
zum 1. 10. zurückgestellt habe; ob dies auch weiterhin möglich sein
werde, stehe dahin. Giesberts habe die Zeitungen im übrigen auch
auf andere Gefahren aufmerksam gemacht, insbesondere auf das
Vorgehen des Stinnes-Konzerns, der bereits 64 deutsche Zeitungen
und 6 Zellstoffabriken aufgekauft habe.

mt. Bern, 18. Mai. Der Bundesrat hat wegen der in der
letzten Woche immer mehr am sich greifenden Maul- und Klauen-
seuche ein vorläufiges Ausfuhrverbot für Vieh erlassen.

Mitteldeutsche Zentral-Häuteauktion. Auf der in Leipzig am
18. Mai stattgefundenen 9. Mitteldeutschen Zentral-Häuteauktion
standen 31 800 Rohviehhäute und 1 570 Rohschädel zum Angebot.
Die anfangs lustlose Stimmung belebte sich später etwas, doch
zeigte sich bald, daß der Preisabschlag weitere Fortschritte macht.
Während der ersten Verkaufsstunden bewegten sich die Preise für
Rind-, Kuh- und Ochsenhäute ohne Kopf zwischen 7 M. und 7,50 M.,
für Bullen ohne Kopf zwischen 6,85 M. und 7,10 M. Ob die wei-
tere Versteigerung noch wesentlich höhere Preise bringen wird,
erscheint fraglich.

Unsere heutige Nummer umfaßt 10 Seiten.

Verantwortlicher Redakteur: Joseph Herbert Reis; für
den Inseratenteil verantwortlich: G. Bese, beide in Herford.

Lichtspielhaus „Wittkind“
Höckerstrasse 5 Fernsprecher 690
Morgen Donnerstag: Grosser Ringkampf-Match
zwischen
Overdick, Piouard, Meisterschaftsringler v. Rheinland und Westfalen und Champion von Holland, Belgien und Frankreich.
Es wird gerungen bis zur Entscheidung!
Ab Donnerstag, nachm. 4 Uhr sind numer. Eintrittskarten an der Kasse erhältlich!
Der riesigen Unkosten wegen **hohe Preise!**

Zur Aufklärung!

Um Irrtümer zu vermeiden, wird hiermit bekannt gegeben, daß das Sommerfest des Reichsbundes der Kriegsgeschädigten, Kriegsteilnehmer, Kriegshinterbliebenen und Kriegsgefangenen am Sonnabend, den 12. Juni 1920, auf dem Schützenhofe stattfindet und nicht, wie von irgend einer Seite verbreitet, schon früher. Die Mitglieder können die Karten für den Vorverkauf am Dienstag, den 25. d. Mts., abends 8 Uhr, bei Delius abholen.

Die Festleitung.

Konsum-Verein Herford und Umgegend e. G. m. b. H.

Wir bitten unsere Mitglieder, sich in die neue Kundenliste eintragen zu lassen.
Der Vorstand.

Diebstahl *Einbruch unmöglich!*
ausgeschlossen bei Gebrauch einer
Schloßsicherung „Kobold“
Preis 5,50 Mk. per Stück.
Vorführung kostenlos.
Ständig vorrätig bei:
Carl Dürkopp, Lübbertstrasse.

Handkarren
zu kaufen gesucht.
Herforder Zeitung für Stadt und Land.

Ämtliche Bekanntmachungen der Stadt Herford.

Nr. 21. d. M. können in den Geschäften auf Warenmarkte Nr. 22 1 Pfd. gelbe Erbsen zu 3,60 M., auf Warenmarkte Nr. 23 1 Pfd. grüne Erbsen zu 2,90 M., auf Warenmarkte Nr. 24 1 Pfd. weiße Bohnen zu 3,60 M., auf Warenmarkte Nr. 25 1 Dose Konserven gekauft werden. Kaufrisik: 31. d. M.

In der Markthalle kann auf die rote Kindernähmittelmarke Nr. 18 1 Pfd. Reis zu 6,80 M., auf die Kindernähmittelmarke Nr. 19 1 Pfd. Reis zu 3,30 M., auf die rote Kindernähmittelmarke Nr. 20 1 Kilo-Dose eingemachte Pflaumen oder Birnen, vorzuzugl. Qualität, zu 4,50 M. in Dosen gekauft werden.

Kranke, Lungenkranke, werdende und stillende Mütter erhalten obige Ware gegen Vorlage der Sonderbezugsbescheinigung.

Garzläse kann von Donnerstag, den 20. d. M. ab in der Turnhalle am Wilhelmplatz von den Inhabern der Lebensmittelkarten Nr. 8687-9324 auf die neue Warenmarkte Nr. 21 1 Pfd. zu 2,25 M. gekauft werden.

Vom heutigen Tage ab werden Weizenbrot und Brötchen in den Bäckereien bis auf weiteres nicht hergestellt. Krankebrot wird wie bisher weiter verabsolgt.

Die Schlachtereien Pracht, Bäckerstraße ist wegen Unzuverlässigkeit geschlossen. Die hier eingetragenen Haushaltungen wollen sich umgehend bei einer anderen Schlachtereie in die Kundenliste eintragen lassen.
Herford, den 18. Mai 1920. Lebensmittelamt.

Es wird hierdurch besonders darauf hingewiesen, daß alle im Stadtbezirk Herford gewerblich beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, sowie die im Handelsgewerbe beschäftigten Schiffe und Lehrlinge beiderlei Geschlechts und diejenigen Jugendlichen, die unter normalen Verhältnissen in das Erwerbsleben eingetreten wären, aber infolge der wirtschaftlichen Notlage keine Lehr- oder Arbeitsstelle gefunden haben, bis zum vollendeten 18. Lebensjahre zum Besuch der hier bestehenden gewerblichen Fortbildungsschule verpflichtet sind, sofern sie nicht die hiesige Handelslehranstalt besuchen. Wir haben den Leiter der Schule angewiesen, Schulpflichtige, die sich der Schulpflicht entziehen oder zum Unterricht unregelmäßig erscheinen, unumwunden zur Bestrafung zu melden.
Herford, den 14. Mai 1920.

Das Kuratorium der gewerblichen Fortbildungsschule.
Das Kuratorium der städt. Handelslehranstalt.

Billiges Pfingst-Angebot
in garnierten sowie ungarnierten.
Damen- u. Kinder- / / Hüten / /
in reicher Auswahl und billigsten Preisen.
Lilli Spiegelberg-Nachf.
Znh. E. Herold.

Gelegenheitskauf!
Zwei moderne, kompl. Speisezimmer (dunkel Eiche) eingegangen, weiter u. a. gute, gebr. Teppiche, Anzüge, Kleider und Schuhe.
Jacob Schmitt, Elstbergstrasse 1, Althandlung.

Meiner werthen Kundschaft zur Nachricht, daß ich jetzt
Mindenerstrasse 124
wohne. Bestellungen werden auch **Engerstrasse 28** entgegengenommen.
Neuanfertigungen sowie Reparaturen werden gut und preiswert ausgeführt.
A. Christensen, Polsterer.

An- u. Verkauf
v. gebrauchten Fahrrädern, Fahrradteilen aller Art. Ständig großes Lager in gebrauchten Fahrrädern v. 100-1000 Mark.
Reparaturen prompt u. billig.
Gustav Marten, Herford, Salzstrasse 171.

Fertige Betten
Bettbarchend, Halbdunen, Federn.
Herforder Spezial-Bettenhaus E. & F. Maack, Herford Mindenerstr. 1 Lübbertstr.

Wer seine Obstbäume und Beerensträucher von Blausäure und Raupen befreit haben will, wende sich an
Jul. Emme, Kreischausstr. 5.

Kirche der Christlichen Wissenschaft.
(Christian Science)
Herford, Obenstraße 53.
Gottesdienst:
Sonntag, morgens 10 Uhr
Versammlungen:
Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr

Nach den in letzterer Zeit abgeschlossenen Tarifverträgen erhalten die Arbeitnehmer vom Arbeitgeber einen besonderen Urlaub (Ferien). Um während der Unterrichtszeit in der gewerblichen Fortbildungsschule und der Handelslehranstalt keine Störungen hervorzurufen, richtet das Kuratorium an die Arbeitgeber die Bitte, diesen besonderen Urlaub in die Zeit der Schulferien zu legen.
Herford, den 14. Mai 1920.

Das Kuratorium der gewerblichen Fortbildungsschule.
Das Kuratorium der städt. Handelslehranstalt.

Um bestehenden, irrtümlichen Ansichten entgegenzutreten, wird folgendes bekannt gegeben:

1. Entsprechend den Bestimmungen des Bielefelder Abkommens hat der Reichsjustizminister erklärt, daß eine Strafverfolgung aller derjenigen nicht erfolgen soll, die in der Unmündigkeit des verheirateten Mannes ihre besten Überzeugung nach ihre Pflicht dem Volke gegenüber und zur Verteidigung der Verfassung zu tun glaubten. Eines besonderen Amnestie-Gesetzes bedarf es hierzu nach den allgemeinen Grundsätzen des Strafrechts nicht. Die Staatsanwaltschaften und Militärbehörden haben dementsprechend Anweisung erhalten. Ein besonderer Staatsanwalt soll mit der Beobachtung dieser Grundsätze beauftragt werden.

2. Eine Amnestie, die über diese Grundsätze und die Bestimmungen des Bielefelder Abkommens hinausgeht, kann den gesetzgebenden Körperschaften von der Reichsregierung nicht vorgeschlagen werden. Insbesondere kann allen denen, die auch jetzt noch die Waffen nicht freiwillig herausgeben, keinerlei Begnadigung in Aussicht gestellt werden.

3. Die Ansicht, daß infolge der Aufhebung der Standgerichte nimmere Todesurteile nicht mehr gefällt werden können, ist irrig. Die Todesstrafe kann auch weiterhin durch die ordentlichen Gerichte und die außerordentlichen Kriegsgerichte verhängt werden, soweit sie nach den geltenden Strafbestimmungen angebroht ist. Die außerordentlichen Kriegsgerichte sind mit Richtern besetzt, die dem Richterstande angehören. Sie entscheiden in beschleunigtem Verfahren. Soweit Todesurteile bereits ausgesprochen, aber noch nicht vollstreckt sind, wird in jedem einzelnen Falle nachgeprüft werden, ob eine Begnadigung stattfindet oder nicht.

Berlin, den 24. April 1920.

Der Reichstanzler:
gez. Müller.

Der Reichswehminister:
J. W.: gez. v. Seeckt.

Veröffentlicht!

Herford, den 17. Mai 1920.

Die Polizei-Verwaltung.

Zum 1. Juni od. später
sucht besserer Herr in nur
gutem Hause
eing. Wohnung
möglichst Schlaf- und
Wohnzimmer.
Schreibtisch (ev. Klavier)
und Pension erwünscht,
jedoch nicht Bedingung.
Angeb. an die Geschäfts-
stelle d. Btg. u. Nr. 7964.

Bessere Herren finden ab 1.
Juni guten bürgerlichen
Mittagsisch.
Wo, sagt unter Nr. 8051 die
Geschäftsstelle dieser Btg.

Suche für halbe Tage ein
jung. Mädchen
für leichte Hausarbeit.
Schloßstr. 7a, pat.

Neueres, erfahrenes Mädchen
welches gut kochen kann und
mit familiären Hausarbeiten
vertraut ist, bei hohem Lohn
geht. Schriftliche Angebote
mit Bild und Zeugnisabschr.
sind zu richten an
Korsetthaus
Frau Aug. Schulte,
Anna i. W., Morgenstr. 38.

Malergehilfen
sucht
Gustav Koch, Cidam.

Heirat! Bin von vielen
Damen all. Stand,
beauftragt, dieselb. zu einer
glücklichen Ehe zu verhelfen.
Herren mit u. ohne Vermögen
erhalten disk. Auskunft d.
Concordia, Berlin O. 24.

Neuer brauner
Anzug
und ein schwarzes
Jackett
(Warengut) für Größe 1,60 billig
zu verkaufen. **Hellerweg 41**

Weißes Kleid
für 1,50 Mark zu verkaufen.
Nachschr. unter Nr. 8056 in
der Geschäftsstelle dieser Btg.

Gebrauchter, guterhaltener
Via'ebalg
für Schmiede zu kaufen gesucht.
Angebote mit Preisang. an
die Geschäftsstelle dies. Zeitung
unter Nr. 8047.

Altes Gold und Silber
kauft stets zu höchsten Preisen
H. Schüller, Juwelier,
(Fornrat 325).

Ein Paar neue Herren-
schuhtische, Gr. 44, billig
zu verkaufen.
Nachschr. unter 8054 in
der Geschäftsstelle d. Zeitung.

Ein Paar derbe, gebrauchte
Arbeitschuhe
Größe 40 bzw. 41, billig ab-
zugeben.
Nachschr. unter Nr. 8052 in
der Geschäftsstelle dieser Btg.

Ein guterhaltener
Kinderwagen
zu verkaufen.
Kesselftrasse 1.

Gut erhaltene eiserne, weiß-
lackierte
Kinderbettstelle
mit Matratze, 1,45 m lang, zu
verkaufen, Preis 400 Mk.
Nachschr. unter R. B.
8053 in der Geschäftsstelle d. Btg.

Kaufe tragende und // Schlacht-Ziegen //
sowie Ziegenlamm (Böden-
chen) lebend u. geschlachtet, auch
familiäre Sorten Zelle.
Zahle für alles enorm hoch.
Preis.
M. Löwenstern,
Erdenstr. 35. Telefon 248.

Deutigen Schäferhund
(10 Wochen alt) hat abgegeben
Friedrich Gade,
Bünderstraße 77.

Großer politischer Nachrichten dienst
Postische Zeitung
Berlin
Ab 1. April monatl. 9.—
M. bei allen Postanstalten
und beim Verlag Ullstein
& Co., Berlin SW. 68

Johannisberg-Bielefeld.
Pfingsten, beide Tage:
Großes Konzert.
1. Feiertag, 2 1/2 Uhr vorm., nachm. 3 1/2 Uhr.
2. Feiertag, 2 1/2 Uhr vorm., nachm. 3 1/2 Uhr.
Ab 26. Mai 1920
finden die regelmäßigen
Mittwoch - Nachmittags - Konzerte
ausgeführt vom Städtischen Orchester, statt.
Freunde haben Zutritt.
Außerdem: Jeden Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr:
Großes Konzert.

Linoleum
für Möbel etc.
A. Künzberg, Bremen
Fernruf R. 2246 u. 4123.

DRUCKEREI FR. KUHLE
Herford, Rennstrasse 29-31,
empfehlend sich zur Lieferung
allerfeinster Drucksachen für
Handel-, Industrie und Privat-
Gebrauch. Spezialität: Druck
von Broschüren, Prospekten,
Katalogen in schwarz und bunt
FERNRUF 83

Ämtliche Bekanntmachungen des Landkreises Herford.

Verwendung des Mehrerlöses aus Häuten.
Auf Grund des § 2 der Verordnung über die Verwendung
des Mehrerlöses aus den Häuten von Schlachtvieh und Schlach-
tungen vom 26. November 1919 (Reichsgesetzbl. S. 1908) werden
für die Zeit vom 17. Mai bis 20. Juni 1920 einschließlich folgende
Sätze als Gesamthäutezuschlag für den Zentner Lebendgewicht
festgelegt:

für Kinder, ausgenommen Rälber, 56 M.,
für Rälber 130 M.,
für Schafe mit wolligen Halblangen und kurzwoelligen Fellen 118 M.,
für Schafe mit Böden 105 M.,
für Pferde, einschließlich Fohlen, Esel, Maultiere u. Maulesel 33 M.
Die 6/10 für den Häutezuschlag betragen hiernach für den
Zentner Lebendgewicht:
für Kinder, ausgenommen Rälber, 33,60 M.,
für Rälber 78 M.,
für Schafe mit wolligen Halblangen u. kurzwoelligen Fellen 70,80 M.,
für Schafe mit Böden 63 M.,
für Pferde, einschließl. Fohlen, Esel, Maultiere u. Maulesel 19,80 M.
Berlin, den 11. Mai 1920.

Reichsfinanzstelle, Verwaltungsabteilung.
Der Vorsitzende: gez. von Oftering.
Herford, den 18. Mai 1920.
Rechtschreibungsamt des Landkreises Herford.

Brennstoffversorgung.
Die gelbe Brennstoffmarke 12 kann von heute ab mit einem
Zentner Kohlen oder Roß befördert werden. Die Brennstoffmar-
ken mit den Nummern von 1-5 einschl. werden mit dem 31. d. M.
ungültig. Die Marken von 6-11 bleiben in Kraft und sind vor-
zugsweise zu liefern.
Herford, den 17. Mai 1920. Der Kreisaußschr.

+ Geschlechtskrankheit +
Kasse Hilfe durch giftfreie Auren.
Harnröhrenentzündung, früher aus veralteter Ansicht, Stellung im
kurzer Frist ohne Schmerzen und ohne Einwirkungen, Syphilis, ohne
Berufsunfähigkeit, ohne Schmerzen, Quecksilber und Jodkali-Einwirkungen.
Mannesschwäche, schnelle wirksame Auren ohne Berufsunfähigkeit.
Über jed. d. drei Jahren ist eine ausführl. Broschüre erschienen mit zahlr. fotogr.
Zeugnissen u. hundert freiwilligen Dankschreiben Geheilten. Zusendung gegen
1 Mk. für Porto und Spesen in reichhaltigem Doppelpostfach ohne Aufdruck durch
Spezialarzt Dr. med. Dammann, Berlin O. 77
Potsdamer Strasse 123B. Sprechtzeit: 9-11, 2-4
Sonntags 10-11 Uhr.
Genaue Angabe d. Leiden erforderlich, damit richtige Verordnungen erteilt werden können

Herforder Zeitung

für Stadt

und Land



Bezugs-Preis 4.00 Mark

monatlich. Bei Postbezug
4.00 Mark und Bestellgeb. Die
Zeitung erscheint täglich, außer
Sonntags und Feiertagen, mittags

Druck und Verlag Fr. Kühle
Gefäßstraße: Herford,
Königsplatz 29/31

Telefon Nr. 83 und 151
Postfach Nr. 5796
Schiedamt Hannover

Anzeigenpreis 20 Pfennig

die 10 Pfennig-Meterzeile oder
deren Raum für Stadt u. Land-
kreis Herford, sonst 25 Pfennig.
Kleinanzeigen die Zeile 2.00 Mark.

Generalanzeiger für Stadt- und Landkreis Herford

Allgemeiner Anzeiger für Stadt- u. Landkreis Herford

Nr. 116.

Herford, Mittwoch, den 19. Mai 1920

38. Jahrgang

Zweites Blatt.

Das neue Landwirtschaftskammergesetz.

Das preussische Landwirtschaftsministerium hat sich schon seit längerer Zeit mit der Ausarbeitung eines Gesetzes beschäftigt, das den Aufbau und die Tätigkeit der Landwirtschaftskammern auf neue Grundlagen stellen soll. Der Entwurf liegt nunmehr fertig vor und wird der preussischen Landesversammlung demnächst zugehen. Er bedeutet eine grundlegende Änderung des gesamten Systems, auf dem die Landwirtschaftskammern bisher beruhten. Sowohl die Zuständigkeit der Kammern, wie auch ihre Zusammenfassung wird eine durchwegs andersartige sein.

Als Landwirtschaft im Sinne des Gesetzes betrachtet der Entwurf den Ackerbau, die Viehwirtschaft, den Obst-, Wein- und Gartenbau, die Forstwirtschaft, die Tierzucht, die Milch- und Fleischwirtschaft, die Fischerei und die Jagd. Zur Landwirtschaft gehören auch Unternehmungen, die nicht unter diese Begriffe fallen, aber in wirtschaftlicher Abhängigkeit von den vorgenannten Betrieben durch denselben Unternehmer betrieben werden (Landwirtschaftliche Nebenerwerbsbetriebe). Ferner wird zur Landwirtschaft gerechnet die Tätigkeit aller Verwaltungen, Anstalten und Vereinigungen, deren Zweck ausschließlich auf die praktische und wissenschaftliche Förderung der oben genannten Betriebe gerichtet ist. Die Landwirtschaftskammern sind bestimmt zur Förderung der Landwirtschaft und der Interessen des landwirtschaftlichen Berufsstandes. Sie bilden öffentlich-rechtliche Körperschaften. Insgesamt sollen 13 Landwirtschaftskammern bestehen, die je das Gebiet einer Provinz umfassen. Die Landwirtschaftskammer für Westfalen (Münster) erhält 57 Mitglieder. Die Wahl der Mitglieder der Landwirtschaftskammern erfolgt durch die Berufsangehörigen in unmittelbarer und geheimer Wahl nach den Grundregeln der Verhältniswahl. Die Wahl geschieht in Bezirken. Als Grundlage für diese Wahlteilung sollen die politischen Kreise dienen. Wahlberechtigt ist jeder Deutsche ohne Unterschied des Geschlechts, der das 20. Lebensjahr vollendet hat, die bürgerlichen Ehrenrechte nicht und seit mindestens einem Jahre Berufsangehöriger ist. Personen unter 20 Jahren und juristische Personen haben das Wahlrecht zu, wenn sie Eigentümer oder Pächter sind. Wahlbar ist jeder wahlberechtigte Berufsangehörige, der das 25. Lebensjahr vollendet hat und seit mindestens einem Jahre ununterbrochen im Kommerbezirk wohnt. Die Wahl erfolgt am 6. Jahre. Alle 3 Jahre scheiden die Vertreter der Hälfte der Wahlbezirke aus. Der Landwirtschaftskammer werden als Sachkammern angegliedert eine Fischereikammer, eine Forstkammer und eine Gartenbaukammer, die aus je höchstens 18 Mitgliedern bestehen. Zu den Aufgaben der Landwirtschaftskammer und der Sachkammern gehört namentlich die Förderung der technischen Verbesserung der Landwirtschaft, die Förderung des landwirtschaftlichen Kredit, Genossenschafts- und Vereinswesens, die Förderung der Berufsausbildung und die Unterstützung der zuständigen Verwaltungsbehörden bei allen die Landwirtschaft betreffenden Fragen, namentlich auch durch Erstattung von Gutachten. Die Mitglieder der Landwirtschaftskammer werden von den Landwirtschaftskammern und den Sachkammern ohne Beschränkung auf deren Mitglieder aus den Berufsangehörigen gewählt. Die Landwirtschaftskammer Münster wählt dazu 5 Mitglieder. Die Kosten der Landwirtschaftskammern und der Sachkammern werden, soweit sie nicht durch andere Einnahmen gedeckt sind, durch Beiträge der Berufsangehörigen aufgebracht. Die Beitragseinheit beträgt für das Jahr 10 $\mathcal{M}$ vom Gehalt der dem Ackerbau, der Viehwirtschaft und Wein- und Gartenbau dienenden Fläche und 5 $\mathcal{M}$ vom Gehalt der der Forst- und Fischerei dienenden Fläche. Ferner 1 vom Hundert des Grundsteuerertrages dieser Flächen, sowie 1 $\mathcal{M}$ für jede in der Landwirtschaft tätige Arbeitskraft. Dem Entwurf ist eine Wahlordnung für die Kammern beigelegt.

Frankfurt unter den Franzosen.

Historische Erinnerungen.

Karl Guplow ließ in seinem berühmten gewordenen Drama „Der Königseintant“ den Grafen Thorane, der zur Zeit, als Goethe Knabe war, als französischer Okkupationsintendant im Hause des Vater Goethe residierte, zum Schluß sagen: „Adieu mes amis, a toujours!“ Die Franzosen, deren Repräsentant dieser elegante und vornehme Charakter war, haben leider diese Adieu a toujours nicht eingehalten.

Seit 1757, dem Beginn des Siebenjährigen Krieges, waren die Franzosen öfter durch die deutsche Krönungsstadt, die Frankfurt seit 1562 war, hindurchmarschiert. Am 2. Januar 1759 war die Stadt dann endgültig besetzt worden. Trotz vielen Protesten dauerte diese erste Okkupation Frankfurts bis zum Ende des Königs Friedrichs des Großen mit Europa an. Aus Goethes „Dichtung und Wahrheit“ kennen wir die Zustände während dieser Besetzung genau. Der Chauvinismus blühte ja damals noch nicht so wild wie heute, und es waren mehr die absolutistischen Fürsten, die sich gegenseitig das Dasein sauer machten, als die geprügelten Völker, die den Diplomatenkniffen ihrer Herren mit ihrem Blut und Leben nachdruck geben

mußten. So ging es damals auch recht friedlich in Frankfurt zu.

Anderer verließ schon die zweite Okkupation der Stadt, die im Oktober 1792 der Revolutionsgeneral Custine als Gegenstoß gegen die Habsburg der östlichen Fürsten für den unglücklichen Ludwig 16. vornahm. Hier wehrte sich ein Volk, das eben die Fesseln des Absolutismus abgeworfen hatte, gegen den noch absolutistisch regierten Osten. Custine legte der Stadt eine Kontribution von zwei Millionen Gulden auf. Die Herrlichkeit der Franzosen dauerte nicht lange: am 2. Dezember eroberten die aus der Champagne sich zurückziehenden Preußen und Hessen unter Mädel die Stadt zurück. Im Jahre 1796 wurde Frankfurt dann von den Oesterreichern besetzt, konnte sich aber gegen General Mädel, der die Stadt am 15. Juli 1796 besetzten ließ nicht halten. Mädel zog ein und legte den Franzosen eine neue Brandschatzung von sechs Millionen Frank in Geld und zwei Millionen in Lieferung auf. Am 2. Dezember wurde darauf Frankfurt als neutrale Zone erklärt, was auch der sogenannte Reichsdeputationshauptschluss zu Regensburg von 1803 bestätigte. Im Jahre 1806 wurde Frankfurt dann zum vierten Male von den Franzosen okkupiert. Diesmal von dem General Angereau, einem Getreuen Bonapartes, der der blühenden freien Reichsstadt wiederum vier Millionen Frank mit 9000 Mann Besatzung abpreßte. Mit der Gründung des Rheinbundes verlor dann die Stadt ihre Selbständigkeit und wurde dem Staate des Fürsten-Primas Karl von Dalberg zugeteilt. Dieser vermochte sich aber nicht zu behaupten, und so wurde Frankfurt unter dem Drucke Frankreichs Hauptstadt des neu geschaffenen Großherzogtums Frankfurt. Am 2. November 1813 zogen dann die Verbündeten wieder in Frankfurt ein und stellten die Stadt unter den vom Freiherrn vom Stein geleiteten Zentralverwaltungsrat, bis sie durch den Wiener Kongreß wieder für eine freie Reichsstadt erklärt wurde.

Die Stadt erlitt dann noch einmal eine kriegerische Okkupation, diesmal durch Preußen im Jahre 1866, als die Stadt auf die Seite Oesterreichs trat. Nun, nach 50 Jahren, erfolgte die sechste Besetzung, die fünfte durch die Franzosen. Die Stadt ist durch die früheren ohne sonderlichen Schaden durchgekommen. Die letzte aber wird wohl die schlimmste gewesen sein.

Aus Nachbarschaft u. aller Welt.

Sennelager, 15. Mai. Die dritte Marinebrigade (v. Boenenfeld) ist hier eingetroffen. Bei der Niederlegung des Kommunismus im Ruhrgebiet Anfang vorigen Monats hat sie einen hervorragenden Anteil am Erfolg, mit dem Verhaftung von 88 Toten und 108 Verwundeten aber auch ein totes Opfer für die Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände gebracht.

Herborn, 15. Mai. Der Wirt August Dannenhöfer zu Obergrüne wurde gestern morgen in seinem Bette als Leiche gefunden. Anscheinend liegt Raubmord vor. Die Mörder haben durch Zerstören eines Fensters Eingang gefunden und den 63jährigen Mann im Bette überfallen, an Händen und Füßen gefesselt und erdrosselt. Ein Taschentuch steckte im Munde des Toten. Den Tätern sind Lebensmittel und Kleidungsstücke zur Beute geworden.

Wels, 14. Mai. Das Todesurteil an dem Eisenträger Christian Köpp aus Duisburg wurde am 12. Mai, abends 7 1/2 Uhr durch Erschießen vollstreckt. Er wurde am 17. April vom außerordentlichen Kriegsgericht wegen Aufruhr und Mordes an einem Leutnant der Reichswehr verurteilt.

Grünbach, 15. Mai. Beim Spielen mit einem Militärgewehre hat ein 18jähriger Bursche seine eigene Mutter durch einen Schuß aus unmittelbarer Nähe getroffen, so daß die Frau eine furchtbare Verletzung an Schulter, Brust und Arm erlitt. Es besteht Hoffnung, das Leben der Mutter zu erhalten.

Giffhorn, 15. Mai. Der 19jährige Banklehrling Walter Büßing erschöpfte heute morgen nach kurzem Streit seinen Stiefvater, den Bäckermeister Gustav Braese in der Kindenstraße; dann erschöpfte sich der Mörder selbst, nachdem er auf einem Bettel sich als Lächer angegeben. Die Wurzel der Streitigkeiten in der Familie liegt in Erbschaftsangelegenheiten.

Essen, 15. Mai. Die christlichen Metallarbeiter sind mit der von den sozialdemokratischen Arbeitern beschlossenen Einlegung einer Sonntagskündigung nicht einverstanden. Der Vorschlag dieser Sonntagskündigung sollte den Hinterbliebenen der bei der Roten Armee Gefallenen zugute kommen.

Wels, 14. Mai. Vom Saarbrücker und Rheinpfälzer Verein herne ausgehend soll den erholungsbedürftigen Kindern aller im Ruhrrevier zerstreut wohnenden Angehörigen des Saarstaates und der Rheinpfalz während der großen Ferien eine gemeinschaftliche Reise nach den Angehörigen in der Heimat ermöglicht werden.

Gelsenkirchen, 15. Mai. Ein erschütterndes Bild über die augenblicklichen Gesundheitsverhältnisse im Ruhrkohlengebiet, unter besonderer Berücksichtigung der Stadt Gelsenkirchen, erstattete der Gelsenkirchener Stadtarzt Dr. Wendenburg der Auslandskommission zur Erforschung der Gesundheits- und Ernährungsverhältnisse im Ruhrkohlengebiet in einem Gutachten, dem wir folgendes entnehmen: Im Vordergrund steht die außerordentliche Verbreitung der Tuberkulose, die zurückzuführen ist auf die durch chronische Unterernährung entstandene Widerstandsfähigkeit gegen die Infektion und auf die schnelle Ausbreitung von im Körper vorhandenen Keimen dieser Krankheit. Die Tuberkulose-Todesziffern haben sich durchschnittlich verdreifacht. Die chronische Lungentuberkulose hat einer neuen schnell vorwärtsschreitenden Form Platz gemacht. Auffällig ist die große Menge offener Tuberkulose im Schulalter der Kinder, das früher von dieser Krankheitsform fast ganz verschont blieb. In unmittelbarem Zusammenhang mit der Tuberkulose steht die Wohnungsfrage. Fast alle Familien des Arbeiterstandes und sehr viele des Mittelstandes sind gezwungen, unter engen und primitiven Verhältnissen zu wohnen. Die Krankenanstalten und die Heilstätten sind derart überfüllt, daß an eine Isolierung oder Krankenhausbehandlung der Tuberkulose in einem irgendwie wirksamen Maße gar nicht zu denken ist. Auch bei der letzten Grippe-Epidemie zeigte sich die völlige Widerstandsfähigkeit gegen die Infektion, besonders bei jungen Leuten. Die Verkrüppelung der kleinen Kinder spielt auch heute noch die Hauptrolle. Die durch die Einseitigkeit der Ernährung bedingten rachitischen Erscheinungen führen in etwa zehnfachem Maße gegenüber den Friedensverhältnissen zu Verkrüppelungen, namentlich der Kinder im Alter von 2-8 Jahren, besonders häufig sind die blaffen, völlig schlaffen Kindertypen. Ein auffälliges im Frieden kaum beobachtetes Symptom ist das Auftreten rachitischer Symptome bei erst 4-6 Monate alten Kindern, die nur Brustmilch bekommen. Für diese Neuerscheinung können allein die einseitige und die Unterernährung der Mütter der Grund sein. Die Spät-Rachitis bei jungen Leuten macht sich ferner jetzt wieder häufiger bemerkbar. Die Gesundheit der Säuglinge wird durch zwei Uebel besonders ungünstig beeinflusst: das eine ist der weitgehende Mangel an einwandfreier Milch für künstlich ernährte Kinder, das andere ist das gänzliche Fehlen der Bettwäsche, Leibwäsche, Betten und Kinderwagen. Die natürliche Folge der Unterernährung ist der Mangel an Arbeitswillen. In den letzten Wochen haben die Bergleute sehr häufig ihre Arbeit ohne Mitnahme eines Frühstückes antreten müssen, weil das Brot fehlte, bei dem späten Mittagessen haben die Kartoffeln gefehlt. In den Schulen ist es vorgekommen, daß ein Drittel der Kinder infolge von Hunger ohnmächtig wurde, da sie wegen des Brotmangels nüchtern zur Schule kamen.

Gelsenkirchen, 17. Mai. Einen schrecklichen Tod erlitt auf der Zeche „Rheinische“ der Schmied Johann Paproth. Als er das Kontor am Förderloch besteigen wollte, löste sich dieses plötzlich und schlug dem 3. so unglücklich gegen die Brust, daß er das Gleichgewicht verlor und in den Schacht stürzte. Den Kopf vom Kinnpfe getrennt und einen Arm abgeschlagen, wurde er aufgefunden.

Wels, 14. Mai. Trotzdem von Seiten der Bankvereinigungen keinerlei Zugeständnisse gemacht worden sind, wurde heute früh die Arbeit von der Beamtenschaft wiederaufgenommen.

Kemnitz, 14. Mai. Vier bewaffnete junge Burschen, die sich als Flüchtlinge bezeichnen, drangen nachts in die Villa eines Arztes ein und erpreßten von der allein anwesenden Hausfrau mit vorgehaltenem Revolver Bargeld und verschiedene Wertgegenstände.

Krefeld, 15. Mai. Im Hauptzollamt wurde ein schwerer Einbruchsdiebstahl verübt. Es wurden Zigarettensandwichen im Werte von drei Millionen Mark gestohlen.

Darmen, 14. Mai. Zur Festlegung einheitlicher Richtlinien zur Bekämpfung des Wuchers und Scheidhandels waren die Leiter der Ankerämter einer Anzahl Kreise und Städte unter dem Vorsitz des 1. Staatsanwalts aus Essen in Grefeld zusammengekommen. Beschlüsse wurden noch nicht gefaßt, dagegen der Einberufung beauftragt, schleunigst eine neue Zusammenkunft einzuberufen, zu der auch die Regierung und eine Anzahl Minister eingeladen werden sollen.

Köln, 15. Mai. In Düren wurde der als Schieber bekannte Händler Adolf Kuehl verhaftet weil er gemeinsam mit einem Angestellten des Postbeamten in Köln dieses durch Fälschung um 250 000 $\mathcal{M}$ betrogen hat. Der ungetreue Angestellte wurde ebenfalls festgenommen. Ein großer Teil des Geldes konnte noch sichergestellt werden.

Köln, 17. Mai. Aus Bonn wird gemeldet: Das hiesige Marktwortbild Kaiser Wilhelms I. wurde in der vergangenen Nacht mit roter Farbe besudelt. Um den Teilnehmern des Bonner Katholikentages diesen Anblick zu ersparen, hat man das Denkmal mit einem Tuch und mit einer schwarz-weiß-roten Fahne bedeckt. Vor einiger Zeit hatten die Unabhängigen in der Stadtverordneten-

figung die Entfernung des Denkmals verlangt, blieben mit dieser Frage aber vollständig allein.

Düsseldorf, 14. Mai. Zu der Nachricht über die in Aussicht genommene Neubefestigung des Düsseldorfer Regierungspräsidentenpostens wird aus Berlin gemeldet, daß ein Beschluß des preussischen Staatsministeriums über die Erneuerung des Stadtrates Gröbner aus Dresden zum Regierungspräsidenten für Düsseldorf bisher nicht vorliegt. Das Ministerium des Innern habe aber den Antrag an das preussische Staatsministerium gerichtet, im Rahmen der Demokratisierung der Verwaltung den Stadtrat Gröbner, der zur Zeit Referent der Reichsleitung in Berlin ist, zum Regierungspräsidenten von Düsseldorf zu ernennen. Ueber diesen Antrag wird voraussichtlich erst Anfang nächster Woche beschloffen werden.

Hemer, 14. Mai. Ein schwerer Automobilunfall ereignete sich in der Nacht vom 10. zum 11. Mai auf der Hemer Hardt. Ein in voller Fahrt befindliches Sanitätsauto geriet von der Straße ab, überschlug sich und wurde zertrümmert. Die drei Insassen des Wagens, drei Reichswehrsoldaten, blieben merkwürdigerweise unverletzt. Den Führer hatte jedoch der Unfall so sehr aufgeregt, daß er sich mit einem Revolver eine Kugel in den Kopf jagte, als man ihm Beistand über das Unglück machte. An seinen Verletzungen ist er gestorben.

Hannover, 15. Mai. Die Übernahme des früheren Königl. Theaters in Hannover in den Besitz der Stadt, die am Freitag abgeschlossen werden sollte, nachdem man sich mit dem Staate dahin geeinigt hatte, daß dieser eine Entschädigung im Werte von 4 Millionen Mark zahlen sollte, ist wieder verschoben worden. Wie man hört, haben die Mitglieder der städtischen Finanzkommission bestimmte Aufschlüsse und Garantien vom Magistrat verlangt über die Gestaltung des Theaters in städtischer Verwaltung.

Neßem (Aler), 14. Mai. Eine geheimnisvolle Angelegenheit beschäftigt hier die Gemüter. In der Gaststube des Gastwirts Kamelberg fand ein russischer Kriegsgefangener ziemlich offensichtlich und in einem unbewachten Augenblick 4000 M., die er an sich nahm. Sehr bald wurde der Raub als Diebstahl ermittelt. Vier Geschäftsleute, die mit dem Diebstahl nichts zu tun hatten, sollen nun den Russen in den Abendstunden gemeinschaftlich so furchtbar mißhandelt haben, daß er besinnungslos am Boden blieb. Das wollen Augenzeugen unter Eid ausagen. Der Russe ist seit der Nacht verschunden, obwohl er, wiederum auf Grund von Aussagen der Augenzeugen, zum Gefangenen mehr in der Lage war. Man nimmt an, daß der Russe im Neßemer Moor verhaftet ist. Der Landrat in Fallingb. hat eine strenge Untersuchung angeordnet. Die Entente-Kommission in Hannover hat entschieden, daß den vier Geschäftsleuten so viel von ihrem Vermögen beschlagnahmt werden soll, daß Frau und Kinder des kriegsgefangenen Russen auf Lebenszeit versorgt sind.

Verden, 14. Mai. Das Hiesige, seit 20 Jahren bestehende Artilleriedepot ist auf Grund des Friedensvertrages geschlossen worden. Das militärische Personal ist verabschiedet oder verlegt und entlassen worden. Die Friedenskommissionen sind zur Wirtschaftsgemeinschaft Mdt. Verden übergetreten.

Hamburg, 14. Mai. Die Verft von Blohm u. Voß hat infolge Streiks der technischen und kaufmännischen Angestellten usw. den Betrieb geschlossen und die Entlassung aller Arbeiter ausgesprochen. Nach Wiedereröffnung des Betriebes sollen die Arbeiter wieder eingestellt werden.

Bodenwerder, 16. Mai. Am Himmelfahrtstage ist die Lutterburg bei Bodenwerder von Einbrechern heimgesucht worden. Nach der Rückkehr des Besitzers der Lutterburg wurde sofort die Verfolgung der Diebe im Automobil vorgenommen und es gelang, die Einbrecher zwischen Begefort-Steinmühle einzufangen. Es gelang dreien, in den schützenden Wald zu entkommen, der vierte versuchte, sich mittels Durchschneidens der Weiser zu retten, trotzdem Warnungsschüsse abgefeuert wurden. Er hatte den Strom kaum erreicht, als ihn eine Kugel niederstreckte. Die anderen drei sind entkommen.

Der Regierungskommissar für Westfalen.

Wib. Münster, 15. Mai. Wir erfahren von zuständiger Stelle: Der Oberpräsident von Westfalen wurde zum Regierungskommissar für die Provinz Westfalen und den Regierungsbezirk Düsseldorf ernannt und hat damit die vollziehende Gewalt übernommen, die von dem bisherigen Präsidenten der vollziehenden Gewalt (Wehrfreikommando 6) erlassenen Verfügungen bleiben bis zur Aufhebung durch den Regierungskommissar in Kraft.

Ein Beitrag zur Geschichte Andreas Hofers.

In einer Gesellschaft wurde einem Berliner gegenüber die Bemerkung fallen gelassen, daß er die Geschichte von Andreas Hofer nicht genügend kenne, worauf dieser mit dem Ton sich:

Zwischen Himmel und Erde.

Erzählung von Otto Ludwig.

Der alte Herr sah regungslos. Nur die Mäute, die immer brennender auf die mageren Wangen trat, gab Kunde von dem, was er mit der Ehre seines Hauses litt. Schon schien er alles schon zu wissen. Es war das seine alte Weise; er wandte sie hier vielleicht auch deswegen an, weil er meinte, der Gefelle würde dann umso weniger wagen, etwas zu verschweigen oder wider besseres Wissen zu verändern. Die innere Aufregung hinderte ihn, zu bemerken, in welchen Widerspruch dieser Anschein mit seinem Gefühl für Ehre trat. Valentin suchte nicht den Schatten zu vertreiben, der auf Fritz Nettemairs Handeln fiel; aber wie er den alten Herrn kannte, schien es ihm nötig, das brave Tun Apollonius' in das hellste Licht zu stellen. Er kannte den alten Herrn doch nur halb. Er verreckte sich in der Wirkung, die er damit beabsichtigte, wenn er die kindliche Schöpfung pries, mit der Apollonius die Kunde von der Gefahr dem Ohre des alten Herrn ferngehalten. Er verdaute damit, was seine schlichte Erzählung getan, des Sohnes Verdienst um das Feuer, was der alte Herr wußte, darzustellen. Der alte Herr sah nur immer mehr die Furcht wahr gemacht, die ihm Apollonius' Tüchtigkeit erregt hatte. Apollonius hatte ihm die Gefahr unheimlich verschwiegen, um die Rettung sich allein beizuspielen zu können. Oder er hielt seinen Vater für den hilflosen Blinden, der nichts mehr war und nichts mehr vermochte, als höchstens zu hindern. Und das vergab ihm der alte Herr noch weniger — trotz seines Schmerzes um den Toten, der der Sohn ihm bereits war. Er wurde immer überzeugter, er selbst hätte es nicht so weit kommen lassen, wenn er darum gewußt und die Sache in seine Hand genommen, und Apollonius dürfte niemand seines Mordes anklagen, als den eigenen Vornamen. Diese Gedanken mußten natürlich vor dem zunächst Notwendigen zurücktreten. Was er bis jetzt von der Vorgeschichte des Bruderermordens wußte, konnte den entstandenen Verdacht verstärken, aber ihn nicht entstehen machen, wenn nicht ein anderes, das ihm noch unbekannt war, dazu trat. Er mußte von dem schuldigen Sohne selbst erfahren, ob es sich ein anderes gab. Sein Entschluß war für alle Fälle gefaßt. Er

barer Erregung sich also rechtfertigte: „Ich die Geschichte Andreas Hofers nicht kennen! Ne, Männchen, für so unerfahren müssen Sie mich nicht halten. Der war doch der Mann, der an der Spitze des Tiroler Landsturms für die Oesterreicher kämpfte und der arretiert wurde, weil er sein Haupt nicht entblößen wollte für einen Gut, den der Landvogt auf eine Stange stecken ließ und ordnete bruff an, daß er seinem jede anwesenden Sohn einen Appel von'n Kopf schießen sollte, was er auch tat. Wie du mir, so ich dir, dachte er aber, sammelte wieder ne Menge Schilknappen und lieferte seinen Feinden die Schlacht bei Sempach. Als sie ihn da effig uffs Leder gingen, ergriff er mehrere Spieße und rief: Der Freiheit eine Gasse, die nach Rüschach führt und durch welche der Landvogt Jeshler kommen mußte. Nachdem er hier einen sehr schönen Monolog gehalten hatte, schoß er Jeshler n'n Feil durch die Brust. Dabei wurde er aber ertappt und nach Mantua in Banden geführt, wo man ihn ebenfalls död jeshossen hat.“

Zu Fuß um die Welt.

Am 1. Januar 1910 brachen sechs Männer auf Grund einer Wette zu dem kühnen Unternehmen auf, zu Fuß um die Welt zu wandern. Es waren Australier, und der Preis, der für die Erfüllung der gestellten Aufgabe ausgesetzt wurde, belief sich auf 6000 Pfund Sterling. Die Bedingungen für diesen Wettbewerb waren die folgenden: Ausgangspunkt Sidney nur mit einem gewöhnlichen Anzug bekleidet und nur mit einem einzigen Penny ausgestattet. Während der ganzen Wanderung nicht zu borgen, nicht zu betteln und nicht zu stehlen. Der Gewinner darf keine Gefängnisstrafe während der Zeit durchmachen; er darf zur Fortbewegung kein Gefährt benutzen, das von einem Tier oder durch eine mechanische Kraft fortbewegt wird. Reisen zu Schiff sind, soweit es unbedingt notwendig ist, gestattet. Während fünf der Bewerber bald ihren Plan wieder aufgaben, verfolgte ihn Stanley Austin mit großer Hartnäckigkeit, und im Jahre 1914 hatte er die folgenden Gebiete durchwandert: Afrika, Indien, die Vereinigten Staaten und Südamerika, Neufundland, die Britischen Inseln, Frankreich, Marokko, die Asiatische Türkei, den Balkan, Deutschland und Rußland. Er behauptet, bei dieser Wanderung eine Strecke von etwa 50 000 Kilometern zurückgelegt zu haben. Als der Krieg ausbrach, befand sich Dr. in Archangelsk und mußte nun auf die Weiterwanderung zunächst verzichten, wurde vielfach herumgeworfen und kam schließlich nach Plymouth, wo er heiratete. Nun ist er zur Vollendung seiner Fußwanderung um die Welt aufgebrochen. Er will zunächst zu Schiff nach Finnland, dann von dort zu Fuß nach Archangelsk, wo er seine Wanderung unterbrach, dann will er durch Sibirien wandern und den Ural überschreiten, Südkorea, die Mongolei, China und Japan durchqueren und dann nach Australien zurückkehren, um sich als Sieger den schwer erworbenen Preis zu holen.

Todesahnungen bei Tieren.

Merkwürdige Fälle von Todesahnungen bei Tieren teilt ein englischer Zoologe Walter Winans in einer Zeitschrift an die Daily Mail mit: „Ich bin erstaunt“, so schreibt er, „über die deutliche Vorahnung des Todes, die ich bei verschiedenen Tieren beobachtet habe. So kamte ich einen Hund, der durchaus nicht auf eine Eisenbahnfahrt mitgenommen werden wollte, obwohl er sonst vor Vergnügen tanzte, wenn er sah, daß man sich zum Ausgehen rüstete. In dem Fall wo er sich so entschieden sträubte mitzugehen, lief er auf die Plattform, stürzte hinaus und wurde getötet. Sodann habe ich ein Pferd gefaßt, das ein vorzüglicher Springer war. Einmal aber weigerte es sich bei einem kleinen Hindernis hartnäckig, es zu nehmen. Als der Reiter es mit Gewalt zwang, die Fährte zu überspringen, brach das Pferd sich dabei den Rücken. Ein Pferd, auf dem ich gern und viel ritt, weigerte sich eines Tages, unter einem Baum vorbeizugehen, unter dem ich seit Jahren jeden Tag auf dem Tier vorbeigeritten war. Es war ein vollkommen ruhiger Tag. Ich lenkte das Pferd rund um den Baum herum, und wie ich dies tat, stürzte plötzlich ein großer Mist genau auf den Fleck nieder, vor dem wir gestanden hatten, als das Pferd sich weigerte, weiterzugehen. Auch bei Vögeln will Winans ähnliche Beobachtungen gemacht haben.“

Wie die Schuße verteuert werden.

Schuhverteuierungen um etwa eine Viertelmillion Mark sind das Resultat von Schuhfiebungen gewesen, die in Wilschdorf verda

ihren Anfang genommen haben und die demnächst einer gerichtlichen Erörterung unterliegen. Die Verhandlung wird interessante Tatsachen zeitigen, die zugleich ein Schlaglicht auf unsere gesamte Schuhversorgung werfen. Rechtsanwalt Amand, Berlin-Berlin, war bis Dezember 1918 Geschäftsführer bei der Reichsversorgungsstelle für Schuhversorgung mit der Aufgabe, ausgearbeitete Militärschuhe an die notleidenden Arbeiterkreise abzugeben. Gegen 35 000 Paar lagerten in Chemnitz und anderswo. Amand beauftragte seinen Bekannten Friedrich damit, die Schuhe an Kommunalverbände, Bergwerke usw. zu verteilen und erhielt dafür eine Provision von 106 000 M. Friedrich übertrug die Verteilung dem Kaufmann Heinrich, der dafür 2 Prozent — 30 000 M. Provision bekam. Die Schuhe waren nun schon um 136 000 M. teurer und hatten doch das Reichslager noch nicht verlassen. Die eigentliche Wanderung der Schuhe begann erst jetzt. Heinrich machte den Banddirektor Kelle auf die Schuhe aufmerksam, der sie von Friedrich kaufte und Heinrich, bloß weil er ihn aufmerksam gemacht hatte, eine Provision von 66 000 M. zahlte. Kelle übertrug das Geschäft dem Agenten Kofmala, der 50 Pfg. pro Paar Provision erhielt. Ein Dr. Müller machte, nachdem die Amts-hauptmannschaft Leipzig den Kauf der Schuhe abgelehnt hatte, Kofmala auf die Deutsche Kohlenhandels-Gesellschaft in Berlin aufmerksam und erhielt dafür 15 000 M. Provision, obwohl die Gesellschaft die Schuhe nicht einmal kaufte. Dr. Müller nannte als weiteren Abnehmer seinen Schwager Helbig, dieser den Kaufmann Adamsch. Kofmala bekam für Herbeischaffung des neuen Schuhs 15 000 M. So geht das noch eine ganze Zeitlang weiter. Ein Kaufmann Krause interessiert zwei Schieber, Kufischer und Senke, letzterer gewinnt seinen Bruder, der mit Krause vereinbart, daß die Provision gleichmäßig geteilt werden soll. Es findet sich ein Schieber Madmann, der wiederum den Kaufmann Feudenberg nennt und für diese auftragende Arbeit 20 000 M. erhält. Madmann hatte inzwischen 107 000 M. an den Schuhen verdient und gab davon allen Benannten Beträge von 95 000 M. Die Schuhe kosteten jetzt durchschnittlich 25,50 M. Feudenberg bot sie dem Kommunalverband Pirna mit 35 M. an, ferner dem Stadtrat zu Meißen, der die Lieferung von Wilschdorf, der Verleumdung Hamburg u. a. m. Rechtsanwalt Amand gab den Freigabechein. Die Schuhe waren so von 630 752 M. auf 844 000 Mark gestiegen. Einige der Schieber sitzen bereits in Haft, gegen andere geht die Untersuchung noch fort. Sh.

Neuheiten vom Büchermarkt.

Auftritt des Weltkrieges. Das Erbe Molles und Schlieffens im großen Krieg. Von einem Generalstabler. Leipzig 1920. R. F. Koehler, Verlag. Mit 12 Karten. Preis gebunden M. 20.—, in Halbleinwand M. 30.—. In den verschiedenen Darstellungen des Weltkrieges und in den Erinnerungen der Führer finden sich vielfach Urteile und Begründungen der strategischen Entschlüsse und des Verlaufes des Weltkrieges, es hat bisher aber immer noch an einer zusammenhängenden, kritischen Darstellung des gesamten Kriegsverlaufes gefehlt, die hauptsächlich die Entschlüsse der Obersten Heeresleitung und deren Einfluß auf den Gang der Ereignisse schildert. Ein solches Buch erscheint jetzt unter dem Titel: „Auftritt des Weltkrieges. Das Erbe Molles und Schlieffens im großen Krieg. Von einem Generalstabler.“ (Verlag von R. F. Koehler in Leipzig, Preis M. 20.—, gebunden M. 30.—). Wir möchten die Aufmerksamkeit unserer Leser auf diese Neuerscheinung hinweisen, die großes Aufsehen erregen wird. Die Kritik, die vom Standpunkte Schlieffenscher Auffassung ausgeht, ist zwar durchaus maßvoll und sachlich gehalten, deckt aber alle militärischen Fehler richtig auf und zeigt, wie gleich von Anfang an der geniale Schlieffensche Operationsplan durch mangelhafte Ausführung verdorben wurde und wie auch später der Schlieffensche Vernichtungsgedanke nur unvollkommen zur Ausführung gelangte. Die Kritik gewinnt an Wert, da sie von einem Sachverständigen, einem Fachmann, gefällt ist, der zu einem derartigen Urteile befähigt und berechtigt war. Dieses wertvolle, fesselnd geschriebene Buch kann warm empfohlen werden. M. v. Schreibersheim.

Altbücker Wanderbuch von Richard Schmorze, mit Beiträgen von Freiherrn v. d. Horst-Halben und Studentat Langewiesche. Bände, 33 genau beschriebene Ausflüge, 3 Karten, 45 schmale Bilder, zahlreiche historische Angaben, mit Anhang: Die Stummwälder Berge. Preis: geb. M. 5,50, kart. M. 4,00, Verlag: Fr. Wernerburg, Altbücker. Ein außerordentlich praktisches und zugleich schundausgestattetes Buch bietet dem Fremden ein sicheres Geleit durch die herrlichen Altbücker Berge und die nicht minder schöne Umgebung in der Ebene.

Unsere heutige Nummer umfaßt 10 Seiten.

Verantwortlicher Redakteur: Joseph Herbert Reis; für den Inzeratenteil verantwortlich: G. Bese, beide in Herford.

gegnete Valentin. „Gut“, sagte Herr Nettemair. „Sag' Er dem Weichschmidt, er soll herkommen, wenn er fertig ist.“ Der Gefelle tat's. Bis jener herankam, fuhr Herr Nettemair noch mit gedämpften Tönen in seiner Straßpredigt fort. Er sprach davon, wie Menschen sich Einbildungen zusammendickten und sich ängsteten darüber, wie über wirkliche Dinge; wie die Gedanken dem Menschen über den Kopf wüchsen und ihm keine gute Stumbe ließen, wenn er nicht gleich im Anfang sich über erwehne. Es war, als wollte der alte Herr sich über sich selbst lustig machen. Er dachte nicht daran, daß der Valentin über seinen eigenen Fehler absonstete. Dagegen fühlte sich Valentin beschämt, als treffe ihn die Strafe verdientemmaßen; und er hörte dem alten Herrn mit Andacht und Zerkürzung zu. Bis der Weichschmidtgefell herankam. Herr Nettemair sah den Stod, den ihm Valentin in die Hände gab, setzte den Stod tief in die Stürze, um der Welt soviel als möglich, von dem unfreiwilligen Geständnis der toten Augen zu entziehen, und schüttelte sich majestätisch in dem blauen Rock zurück. Valentin wollte ihn führen, aber er sagte: „Die Frau braucht ihn; und Er wird wissen, was Er in meinem Hause zu tun hat.“ Valentin verstand den Sinn der diplomatischen Rede. Der alte Herr machte ihn verantwortlich für das Benehmen der Frau. Herr Nettemair aber wandte sich nun dahin, wo des Weichschmidtgeffellen Respekt in ein leises Klappern ausbrach, und fragte ihn, ob er Zeit habe, ihn bis auf das Trundhorn von Sankt Georg zu begleiten, wo sein ältester Sohn arbeite. Der Weichschmidt bejahte. Valentin wagte nach den Vorhölzer, Herrn Fritz lieber rufen zu lassen. Der alte Herr sagte grimmig: „Ich muß ihn oben sprechen. Es ist wegen der Reparatur.“ Darauf wandte er sich wieder zu dem Weichschmidtgeffellen. „Ich werde Seinen Arm nehmen“, sagte er mit herablassendem Grimm. „Ich leide etwas an den Augen, aber es hat nichts zu sagen.“ Valentin sah den Gebenden eine Weile kopfschüttelnd nach. Als der alte Herr aus seinen Augen war, fiel die Zuersticht, die er der resoluten Gegendwart des alten Herrn verdankt, wiederum zusammen. Er schlug die Hände ineinander vor Angst; da ihm einfiel, er stehe in der Haustür und sei verantwortlich für jedes Gerede, das der Ausdrud seiner „Einbildungen“ veranlassen konnte, tat er, als habe er die Hände ineinander gelegt, um sie beschäftigt zu reiben.

(Fortsetzung folgt.)

„Sie töhst ihn in die Sterne, Reichel nicht — Du machst mit Menschen vorhabig?“

„Wie konnt' ich dir mehr thun?“

„Er sahle ihn freilich an O. b.“

„Er hat mein nobelstes Reiterp auf dem Gesellschafts-
boden. Ihnen stieg wolte er anord haben, nachher aber mit
seinem Erbsenen, die ich fühlte, fühlte.“